blz

ZEITSCHRIFT DER GEW BERLIN
63.(78.) JAHRGANG
MÄRZ 2010

SCHULE
Neue Schulstruktur

GEWERKSCHAFT
Tarifergebnis

TENDENZEN
Besuch unerwünscht

INHALT

Leute | Standpunkt | Kurz und bündig | Post an die Redaktion | 3-5

TITEL

Frauen nach oben 6
Zur Geschichte des 8. März *Doreen Siebernik* 7
Drei Frauen auf dem Weg *Interviews* 8
Frauennamen für Schulen *Marion Wölki* 11
Frauen steigen immer höher *Hiltrud Quast* 12

HOCHSCHULE

www. Arbeiterkind.de *Ilke Glockentöger* 13

SCHULE

Was will VERA uns sagen? *Karlsgarten-Grundschule* 14
Ein Schritt in die richtige Richtung *Runder Tisch Gemeinschaftsschule* 16
Im Mittelpunkt müssen die Lernenden stehen *Sybille Volkholz* 17
»Man hat sortiert statt integriert« *Interview* 18

GEWERKSCHAFT

Lange Tarifnächte *Rose-Marie Seggelke* 20
Kleines Tariflexikon 20
Viele Fragen bleiben offen *Norbert Gundacker* 22
Neue Strukturen für die GEW *U. Jeschal/H.Dehring* 23

RECHT & TARIF

Was ist Körperverletzung? *Matthias Böhm* 24
Gefälligkeitstarifvertrag *FG Kinder-, Jugendhilfe und Sozialarbeit* 25
Kurzmeldungen 26

TENDENZEN

Unerwünschter Gast *Albrecht Metzger* 28

GLOSSE

Weg damit *Gabriele Frydrych* 30

SERVICE

Respekt kann trainiert werden *Heidi Schulze* 31
Theater und Schule | Fortbildung | Materialien 32

14 SCHULE VERA ist nicht weiblich und wird deshalb in dieser Ausgabe besonders kritisch betrachtet. Sind die Ergebnisse dieses Vergleichstests für GrundschülerInnen aussagekräftig oder vielleicht gar überflüssig? KollegInnen, die es wissen müssen, äußern sich dazu.

24 RECHT UND TARIF Nicht jede körperliche Berührung ist ein Straftatbestand. Das Berliner Landgericht hat den Strafantrag der Eltern eines Schülers zurückgewiesen, der von seiner Lehrerin wegen Störung des Unterrichts per Armgriff aus dem Klassenzimmer entfernt wurde.

28 TENDENZEN Albrecht Metzger ist freier Journalist und wollte sich in Berlin den islamischen Religionsunterricht anschauen. Das ist ihm nicht gelungen. Ein Erlebnisbericht.

TITEL: IMAGO/IMAGEBROKER, ELKE GABRIEL, MONTAGE BLEIFREI, FOTO UNTEN: IMAGO/BONN-SEQUENZ, MITTE: IMAGO/ZENTRIXX, FOTO OBEN: VEIT METTE

IMPRESSUM

Die blz ist die **Mitgliederzeitschrift der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft**, Landesverband Berlin, Ahornstr. 5, 10787 Berlin und erscheint monatlich (10 Ausgaben) als Beilage der E&W. Für die Mitglieder ist der Bezugspreis im Mitgliedsbeitrag enthalten. Für Nichtmitglieder beträgt der Bezugspreis jährlich 18 Euro (inkl. Versand).
Redaktion: Sigrid Baumgardt (verantwortlich), Klaus Will (Koordinierung, Foto- und Schlussredaktion), Richardo Zeh, Andreas Kraft, Ralf Schiweck, Folker Schmidt, Christiane Thöne
Redaktionsanschrift: Ahornstraße 5, 10787 Berlin, Tel. 21 99 93-46, Fax -49, E-Mail blz@gew-berlin.de
Anzeigen und Verlag: GEWIVA GmbH, erreichbar wie Redaktion.
Für Anzeigen gilt die Preisliste Nr. 11 vom 1. Januar 2009

Satz, Layout und Konzept:
bleifrei Texte + Grafik/Claudia Sikora/Jürgen Brauweiler
Prinzessinnenstr. 30, 10969 Berlin, Tel. 61 39 36-0, Fax -18, e-mail: info@bleifrei-berlin.de
Druck: Bloch & Co, Prinzessinnenstr. 26, 10969 Berlin
ISSN 0944-3207 3/2010: 22.000

LEUTE

Ute Matschull-Mesfin, Frauenvertreterin in Steglitz-Zehlendorf, feierte im Dezember ihren 60. Geburtstag – Gratulation! Im Januar wurde sie im *Tagesspiegel* erwähnt, allerdings aus einem anderen Grund. Ein empörter Vater sprach sich gegen die Durchführung der Frauenversammlung mit dem Schwerpunktthema Gesundheit während der Dienstzeit aus. Verständnis habe er nur gegenüber engagierten Pädagoginnen, die sich gegen die Teilnahme entscheiden und ihren eigentlichen Dienstverpflichtungen nachkommen. Wut und Empörung waren die Reaktionen aller Frauen über seine Äußerungen.

Doreen Siebernik ist seit Dezember 2008 Gesamtfrauenvertreterin der Senatsbildungsverwaltung. Schwerpunktthemen ihrer Arbeit waren die Fortschreibung des Frauenförderplans, indem erstmalig der gesamte sozialpädagogische Bereich gleichwertig erfasst wurde. Jetzt im März wird er veröffentlicht. Dazu gibt es eine PowerPoint-Präsentation. Nutzt sie zur gemeinsamen Diskussion in den Gesamtkonferenzen.

Uta Schröder ist seit Oktober 2009 neue Vorsitzende der Vereinigung der Berliner SchulleiterInnen in der GEW. Die Funktion führt sie im Team mit Paul Schuknecht. Ihre Vision ist eine Schule, die allen Kindern gerecht wird und allen optimale Lernerfolge sichert. Seit 2006 ist sie Schulleiterin einer Grundschule in Lichtenberg. Bis dahin arbeitete sie fast 20 Jahre als Lehrerin für Mathematik und Physik an einer Gesamtschule des Bezirkes. Sie war auch als Personalrätin tätig. Wir wünschen viel Durchsetzungskraft.

Heidi Degethoff de Campos, seit 1993 Zentrale Frauenbeauftragte der TU, wechselte Ende 2009 ihr Betätigungsfeld und ist nun Gender-Controllerin an der TU. Ihre Nachfolgerin heißt Andrea Blumtritt. Zum Abschied ist Degethoff de Campos die Goldene Ehrennadel der TU verliehen worden: Sie habe, so TU-Präsident Kurt Kutzler bei der Verleihungsfeier, durch ihr 16-jähriges Wirken den Grundstein für mehr Chancengleichheit an der Universität gelegt und mit dafür gesorgt, dass der Frauenanteil sowohl bei den Studierenden als auch bei den Professuren kräftig gestiegen ist.

FOTO: PRIVAT

Von Werk und Wirkung – Förderung als Chance

Der neue Frauenförderplan ist da

von Hiltrud Quast, Frauenvertreterin Charlottenburg-Wilmersdorf

Ob das ein Grund zum Freuen ist, bleibt umstritten. Und das nicht nur, weil sich manche Männschen schon durch dieses Papier benachteiligt fühlen. Auch die weibliche Seite ist gespalten: Da gibt es zum einen diejenigen, die im Frauenförderplan bei Einstellungen, beruflichem Aufstieg, familiengerechten Arbeitszeiten und beim Schutz vor sexueller Belästigung ein gutes Handwerkzeug sehen. Unbestritten sind seit dem Bestehen der Gleichstellungsgesetze und Förderpläne positive Entwicklungen zu verzeichnen. So haben wir im Berliner Schuldienst inzwischen fast 49 Prozent Frauen in Leitungspositionen, Fortbildungen sind eine Frauendomäne, Einstellungen trotz Schwangerschaft und kleiner Kinder in der Regel kein Problem und Teilzeitanträgen wird entsprochen. Bei Bewerbungsgesprächen wissen die meisten, dass das Landesgleichstellungsgesetz »etwas mit Frauen zu tun hat« und was man beim Stundenplanbau diesbezüglich bedenken muss. Das alles ist gut.

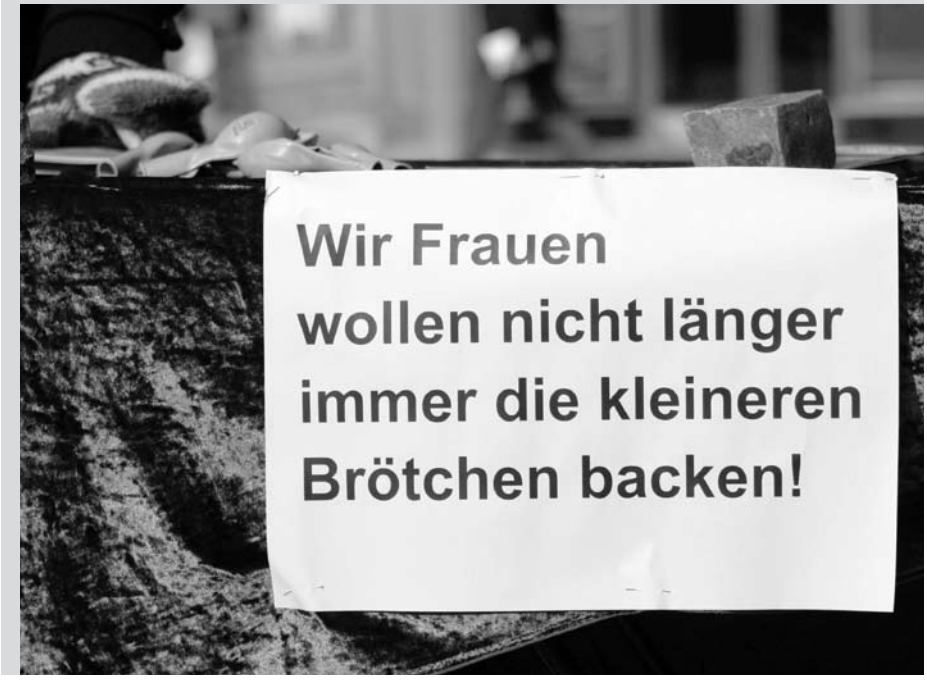
Die anderen aber entdecken eine Menge Makulatur. Bei genauerer Betrachtung wird deutlich, dass in den letzten beiden Jahren der Frauenanteil in den hoch dotierten Schulleitungsstellen an Gymnasien, Gesamtschulen und an Schulen des zweiten Bildungsweges um nahezu zehn Prozent zurückgegangen ist. Bei insgesamt 13 Leitungsbereichen, von der Schulleitung bis zur Fachleitung, wurde nicht einmal die Minimalsteigerung oder Zielvorgabe von vier Prozent erreicht. Das ist eine neue und eine klar negative Entwicklung.

Der Frauenförderplan selbst verschwindet oft ungelesen, geschweige denn in Konferenzen vorgestellt und diskutiert, in tiefsten Schreibtischschubladen. Die Verpflichtung der aktiven Unterstützung und Motivation durch die Stundenplangestaltung und für den »Weg nach oben« führt zwar oft zu verbaler Aufgeschlossenheit – kein Mensch, der bei Verstand ist, würde heutzutage noch hörbar äußern, dass Frauen hinter den Herd gehören –, aber es bleibt bei einer realen Verhaltensstarre. Dort, wo es konkret zu handeln gilt, funktionieren langjährige Seilschaften und heimliche Rollenbilder immer noch besser als Gesetze und gut gemeinte Pläne.

Apropos Pläne: Der Frauenförderplan ist meines Erachtens so schwer an den Mann zu bringen, weil es um Macht und Ressourcen geht. Wer sägt schon freiwillig an dem Ast, auf dem er sitzt? Bei Frauen liegt »die Sache« etwas anders. Sie haben längst nichts mehr gegen Macht und schon gar nichts gegen Geld, aber sie sollen nicht aus der »Förderecke« kommen. Fördern riecht nach Defizit, nach Handicap und Mangel. Davon distanzieren sich die gut ausgebildeten und kompetenten Frauen der Berliner Schullandschaft durchaus zu Recht.

Rein sachlich betrachtet bedeutet Förderung aber die »Unterstützung von Vorhaben und Personen, insbesondere durch Nachhilfe, Ermutigung und finanzielle Unterstützung«. Erstgenanntes können wir getrost hinten anstellen. Ermutigung und Gelder, zum Beispiel für Mentoringprojekte, das wäre schon was. So jedoch bleibt es bei einem Plan mit irritierendem Namen und inhaltlichen Absichtserklärungen. Wer Politik kennt, weiß, was das bedeutet.

Zum Schluss: Erstmalig wurde zum Frauenförderplan eine PowerPoint-Präsentation gemeinsam von der Behörde und den Frauenvertreterinnen erarbeitet. Nutzt sie zur gemeinsamen Diskussion in euren Gesamtkonferenzen.



Der März ist Frauenmonat: Am 8. März war der Internationale Frauentag, am 26. März wird es zum Equal Pay Day bundesweit eine Reihe von Veranstaltungen geben. Warum diese beiden Tage gewählt wurden, erklärt Doreen Siebernik auf Seite 7.

FOTO: IMAGO/SUEDRAUMFOTO

Nachhilfe boomt

Jede achte SchülerIn (12,2 Prozent) in Deutschland bekommt Nachhilfe, das ist das Ergebnis einer Ende Januar veröffentlichen Studie der Bildungsforscher Annemarie und Klaus Klemm. Insgesamt gäben die Eltern dafür jährlich zwischen 942 Millionen und 1,5 Milliarden Euro aus. Nachhilfe sei längst nicht mehr eine zeitlich begrenzte Ausnahmeerscheinung für leistungsschwächere Schüler, sondern ein etabliertes privat finanziertes Unterstützungssystem, heißt es in der Studie. Da sich vor allem wohlhabende Familien diese außerschulische Förderung leisten könnten, nehme dadurch die Chancenungerechtigkeit tendenziell zu, warnten die Bildungsforscher.

Musikschulen: Statt mehr Einstellungen, mehr Verteilung

Viele Musikschulen haben nicht genügend Lehrkräfte, um die Nachfrage befriedigen zu können. Nach einem Vorschlag einer Expertenrunde, die von Bildungssenator Jürgen Zöllner letztes Jahr initiiert wurde, sollen zunächst die Stellen gerechter aufgeteilt werden. Während beispielsweise in Pankow 30 feste Lehrkräfte an den Musikschulen arbeiten, sind es in Steglitz-Zehlendorf weniger als 10. Mehr als 6.000 SchülerInnen warten nach Schätzungen des Bildungssenats gegenwärtig auf einen Platz an einer Musikschule. Der Deutsche Musikrat kritisierte die Vorschläge als »Anpassung nach unten«. Bündnis90/Die GRÜNEN begrüßten dagegen den Vorschlag als »Erste-Hilfe-Maßnahme«.

Berliner Kita erhält Bildungspreis

Als erste Kindertageseinrichtung Deutschlands erhält der Berliner INA-Kindergarten Flurweg für die Qualität und Nachhaltigkeit seiner naturwissenschaftlichen Frühbildung – Bildungsbereich MINT – die Folgeauszeichnung zum »Haus der kleinen Forscher«. Die Auszeichnung wird verliehen für die nachgewiesene dauerhafte Verankerung naturwissenschaftlicher und technischer Grunderfahrungen in der Kita-Frühbildung.

Tandem-Beschäftigte ausgegliedert

Zum 1. März 2010 sollen die 430 Berliner Schulhelfer der gemeinnützigen Beschäftigungs- und Qualifizierungsgesellschaft Tandem in eine Tochtergesellschaft ausgegliedert werden. Tandem begründet die Auslagerung mit nicht tragbaren wirtschaftlichen Risiken, die als Folge der Kürzungen des Schulhelfer-Budgets durch die Senatsbildungsverwaltung entstehen. Die Firma fürchtet insbesondere, dass die bei Kündigungen fälligen Abfindungszahlungen den Bestand der gesamten Firma gefährden. Der Betriebsrat der Firma fordert dagegen einen Verbleib der Schulhelfer und schlägt vor, das Problem der Abfindungen über einen auszuhandelnden Sozialplan zu lösen.

Hochschulen provozieren Stillstand bei den Tarifverhandlungen

Die Berliner Hochschulen und der KAV (Kommunaler Arbeitgeber Verband) haben die vor Weihnachten ausgehandelten Vergütungs-Tarifverträge Ende Januar widerrufen. Diese sahen die Übernahme des letzten Tarifabschlusses im Land Berlin mit dem Sockelbetrag von 65 Euro vor. Der Widerruf der Tarifverträge ist angesichts des erreichten Verhandlungsstandes zur Übernahme des TV-L in den Hochschulen völlig unverständlich und dient nur dazu, GEW und ver.di zu Zugeständnissen und zur Eile bei der Übernahme des TV-L zu zwingen. Das wird auch daran deutlich, dass einzelne Hochschulen trotz des Widerrufs die 65 Euro außertariflich zahlen. Es geht also nicht ums Geld. Die gemeinsame Tarifkommission hat einstimmig beschlossen, die Tarifverhandlungen erst fortzuführen, wenn die Vergütungstarifverträge unterschrieben und in Kraft gesetzt sind.

Diskussion um den Reformpädagogen Peter Petersen

Der Name Peter Petersen Name steht für Reformpädagogik: Der Jena-Plan und das jahrgangsübergreifende Lernen sind auch heute noch aktuell. In einer Ende 2009 erschienenen Publikation über die Rolle führender Erziehungswissenschaftler in der NS-Zeit wirft der Autor Benjamin Ortmeyer dem verstorbenen Pädagogen vor, er habe das NS-Regime massiv unterstützt. Ortmeyers Vorwurf wird sowohl in den Medien als auch in den betroffenen Einrichtungen heftig diskutiert. Die Hamburger GEW-Zeitschrift berichtete in ihrer Dezember-Ausgabe, dass sich die Leiterin der dortigen Peter-Petersen-Gesamtschule von ihrem Namensgeber distanziert habe. In Jena diskutiert man laut einem Bericht der *taz* über die Umbenennung des nach dem Schulreformer benannten Platzes.

Unverlangt eingesandte Besprechungsexemplare und Beiträge werden nicht zurückgeschickt. Die Redaktion behält sich bei allen Beiträgen Kürzungen vor. Beiträge möglichst auf Diskette oder per e-mail einsenden. Die in der blz veröffentlichten Artikel sind keine verbandsoffiziellen Mitteilungen, sofern sie nicht als solche gekennzeichnet sind.

Titelbild *Januar-blz*

Das Titelbild der Januar-blz 2010 ist euch erstklassig gelungen, danke dafür. Erst war ich versucht, auf ihm meine KollegInnen wiederzuerkennen. Immerhin bin ich in den letzten Jahren vor meiner Pensionierung an nicht wenigen Schulen tätig gewesen und kenne zumindest vom Angesicht her einige. Dann aber fielen mir deren Lässigkeit, Freundlichkeit, Offenheit, Ausstrahlung, Energie, Erwartung, Stärke, Sicherheit, das Selbstbewusstsein, kurz die Jugendlichkeit der abgebildeten Kollegen allesamt(!) auf und ich schaute genauer hin. »Erfolgreiche Oberstufenzentren«! Nein, da war ich noch nicht. Jetzt weiß ich auch, dass ich da unmöglich reingepasst hätte, zwischen all die jungen, dynamischen, kraftstrotzenden »Machertypen«. Verehrter Schulsenator, sehr geehrter Herr Prof. Dr. Zöllner, schicken Sie doch bitte nur ein paar davon an Berliner Haupt-, Real-, Gesamtschulen und Gymnasien (zumindest an jene, an denen ich tätig war). Das wäre Innovation, das sparte »teure« Evaluation, das wäre wahrscheinlich epochal! Dürfte ich meinen eigenen Kindern noch mal bei deren schwieriger Schullaufbahnwahl helfen, stünde mein Plädoyer fest: Erfolg und reich – vor allem durch »die« und dort! P. S. Von welchem Filmplakat kenne ich die ...? *René Wöhlert*

Titelbild *Januar-blz*

Wer ist eigentlich für die Gestaltung der Titelseite zuständig? Ist dieser Mensch ein ausgefuchster Satiriker oder hat er den Grundkurs für Gestaltung bei der Werbeagentur pro7 nicht bestanden? Wenn das Titelfoto für die OSZ Satire sein soll, dann ist es schlechte, denn der Bezug wird dem Betrachter nicht augenscheinlich. Sollen die zukünftigen Bankkaufleute und Immobilienwirte etwa auf die Schippe genommen werden, weil sie so schönes Zahnpasta-Lachen zeigen und sich die Alten deswegen nur in der dritten Reihe wieder finden? Wenn es keine Satire sein soll (und das befürchte ich fast), dann ist das Titelfoto noch peinlicher. Mit dieser grinsenden Montage von Anzug tragenden Azubis soll also nicht für die nächste daily soap im Privatfernsehen, sondern für einen Bildungsgang geworben werden! Ich glaube, jede Schülerzeitung könnte das besser. Und noch eine Bemerkung zur Fortbildung der Redaktion in Bezug auf Interview-Techniken: Die *Le Monde Diplomatique* hat zu ihrem Selbstverständnis einmal bemerkt, dass Interviews nie abgedruckt werden, weil da keine echte journalistische Arbeit zu erkennen sei.
Conny Fabel, OSZ LoTis

Schule in der Einwanderungsgesellschaft, *Januar-blz 2010*

Ach, wie tat es gut, den Beitrag der Kollegin Evelin Lubig-Fohsel zu lesen (Ich empfehle sehr die Lektüre des ungekürzten Artikels im Fachbrief Nr. 8). Zu Recht erinnert sie die pädagogische Fachwelt und insbesondere die KollegInnen der Berliner Schule daran, dass die Fähigkeit zur Differenzierung in der Wahrnehmung und Beurteilung von Menschen, egal ob mit oder ohne Migrationshintergrund, und ein geschulter Umgang mit Diversität wohl auch zur Demokratiefähigkeit in der Einwanderungsgesellschaft gehören. Ich teile die Einschätzung von Lubig-Fohsel, wonach eine »weitverbreitete Grundstimmung« in unserem Lande leider das Gegenteil von Differenzierung fördert: Pauschalisierungen, Simplifizierungen, Bedrohungsszenarien, fehlendes Sachwissen und Kulturalisierung prägen auch nach meiner Erfahrung zunehmend die Perspektive eines ganz überwiegend monokulturell sozialisierten pädagogischen Personals auf unsere Einwanderungsgesellschaft.

Die Position der AutorInnen Posor/Meyer (»Deutschenfeindlichkeit in Schulen«, November-blz 2009) empfinde ich als besonders eklatantes und erschreckendes Beispiel hierfür. Es stimmt sehr bedenklich, aus einer pädagogischen Gewerkschaftszeitschrift zu erfahren, dass es vier Varianten von Rassismus gibt – so einfach ist das also! – und zwar je nach Konstellation der Fronten unter oder zwischen »Inländern« und »Ausländern«. Soll Chancengleichheit kein Lippenbekenntnis bleiben, hat die Kennzeichnung von Zuwanderern in der dritten Generation als »Ausländer« aus guten Gründen in einer Demokratie nichts mehr zu suchen. Sprache manipuliert Denken. *Lilo Martens*

SPENDENAUFRUF: ERDBEBEN AUF HAITI

Das Erdbeben auf Haiti hat Zehntausende Menschen getötet und Hunderttausende obdachlos gemacht. Auch zahlreiche Schulen wurden völlig zerstört. Die GEW ruft zur Unterstützung der haitianischen Lehrergewerkschaft CNEH und ihrer Mitglieder auf. Spendenkonto: Heinrich-Rodenstein-Fonds, Konto-Nr. 1 707 247 700, SEB-Bank, Bankleitzahl 500 101 11, Stichwort „Erdbebenhilfe Haiti“. Weitere Infos auf der GEW-Internetseite: www.gew.de/Erdbeben_auf_Haiti.html

ÜBRIGENS

Was für ein Winter, und doch saßen alle Redaktionsmitglieder Ende Januar wieder frisch und munter beisammen und haben an dieser Ausgabe gefeilt – zunächst noch unter anderen Vorzeichen – denn wir sind vom Streik am 9.2. ausgegangen. Aber keine Sorge, es bleibt keine Seite weiß, denn auch ohne Streikbericht nimmt sich die blz des Themas Tarif an.

Jetzt ist es März und nicht nur die ersten Frühjahrsblüher sollten sich zeigen. In den Oberschulen laufen der mittlere Schulabschluss (MSA) mit all den verschiedenen Anforderungen an SchülerInnen und Lehrkräfte und auch der Zeitraum zur Abnahme der 5. Prüfungskomponente fürs Abitur beginnt. Da wird die Atmosphäre sicher ab und an hitzig. Über einen Erfahrungsbericht würden wir uns freuen.

Immer noch fehlt der Redaktion der Blick einer Erzieherin in den Diskussionen und auch der einer weiteren Lehrkraft könnte nicht schaden. Deswegen ein erneuter Versuch auf diesem Wege, euch die blz-Arbeit schmackhaft zu machen. Wir sind ein gutes und humorvolles Team und jede/r, die oder der einsteigen will, wird natürlich bei ihren oder seinen ersten Schritten unterstützt. Also traut euch. Die nächsten Schlussredaktionstermine sind am 6.5., 10.06. und 1.7. – eine Gelegenheit uns kennenzulernen. *Sigrid*

Redaktionsschluss blz 6/2010: 30. April 2010
Redaktionsschluss blz 7-8/2010: 4. Juni 2010

GRAFIK: E. JIPTNER/E.GABRIEL, MONTAGE BLEIFREI

Zur Geschichte des 8. März

Der Internationale Frauentag jährt sich zum hundertsten Mal

von Doreen Siebernik, Gesamtfrauenvertreterin

Der 8. März ist der Internationale Frauentag. Weltweit machen Frauen durch Aktionen, Kundgebungen und Demonstrationen auf ihre Benachteiligungen im öffentlichen und privaten Leben aufmerksam und fordern ihr Recht auf Gleichberechtigung ein. Als historische Wurzel für die Entstehung des Internationalen Frauentages gelten die Proteste von New Yorker Arbeiterinnen, die 1857 erstmals auf die Straße gingen und gegen unmenschliche Arbeitsbedingungen und für gleichen Lohn demonstrierten.

Fünfzig Jahre später, am 8. März 1908, traten amerikanische Textilarbeiterinnen in den Streik und protestierten für bessere Arbeitsbedingungen, höhere Löhne, für kürzere Arbeitszeiten und das Frauenwahlrecht. Beeinflusst von den Ereignissen in den USA brachte die deutsche Sozialistin Clara Zetkin auf der zweiten Internationalen Frauenkonferenz im Jahr 1910 den Antrag ein, einen Internationalen Frauentag ins Leben zu rufen. Der Antrag wurde einstimmig angenommen. In diesem Jahr jährt sich dieser Antrag zum 100. Mal.

Als anerkannter Internationaler Frauentag wird der 8. März seit 1921 weltweit gefeiert. Alle Jahre singen Frauen in allen Sprachen das Lied »Brot und Rosen«. Dieses Lied stammt aus dem Jahre 1912 und entstand bei einem Streik von 14.000 Textilarbeiterinnen in Lawrence, USA. Das entsprechende Gedicht »Brot und Rosen« geht auf ein Transparent der Arbeiterinnen zurück, auf dem stand »We want bread and roses, too«. Diese Worte »Brot und Rosen« wurden weltweit zum Motto der Frauenbewegung. Heute ist der Internationale Frauentag ein anerkannter internationaler Gedenktag, der in mehr als 150 Ländern begangen wird. Der Kampf gegen den Abbau von erkämpften Frauenrechten steht nach wie vor auf der Agenda. Diesen gilt es nicht nur fortzusetzen, sondern zu aktivieren und zu verstärken. Deswegen wünsche ich allen Frauen einen frauenbewegten 8. März.

Auch der 26. März 2010 ist ein wichtiges frauenpolitisches Datum: Equal Pay Day. Dieser Tag macht die Einkommensunterschiede zwischen Frauen und Männern in besonderer Weise sichtbar. Frauen verdienen weniger als Männer. Nicht weil sie weniger leisten, sondern weil sie für gleichwertige Arbeit schlechter bezahlt werden, weil sie Teilzeit arbeiten, weil sie in schlechter bezahlten Branchen arbeiten, weil ihre Karrierechancen schlechter sind. Warum der 26. März? Bis zu diesem Tag haben Frauen in etwa die Differenz zu dem Betrag verdient, den Männer bis zum 31. Dezember des Vorjahres verdient hatten.

In Deutschland erhalten Frauen durchschnittlich 23 Prozent weniger Lohn als ihre männlichen Kollegen, bei Frauen in Führungspositionen sind es sogar 33 Prozent. Diese Differenz schrumpft nicht, sie ist seit Jahren konstant. Im EU-Durchschnitt liegt der Lohnunterschied bei 15 Prozent. Auch wenn das für unseren Bereich anders ist, Frauen und Männer in gleicher Position werden gleich bezahlt werden, lenken wir Frauenvertreterinnen den Blick darauf. In Deutschland gibt es kein ausreichendes Bewusstsein über diese Lohndiskriminierung. Das muss sich ändern.

In Berlin und bundesweit finden am 26. März öffentliche Diskussionen, Workshops und Aktionen statt. Erkennungsmerkmal der teilnehmenden Frauen sind rote Taschen. Sie symbolisieren das Minus in den Taschen der Frauen. Dieser Aktionstag wird von einem breiten Bündnis getragen. Das Ministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend unterstützt diesen Tag. In Berlin findet am 26. März um 12 Uhr eine große öffentliche Aktion am Brandenburger Tor statt. Kommt mit euren Schülerinnen und Schülern. Politische Bildung, Exkurse, Ausflüge, Wandertage einmal anders … Und: Bringt rote Taschen mit!

Clara Zetkin (um 1897): Sie rief 1910 den Frauentag ins Leben.

FOTO: WIKIPEDIA

Nähere Informationen zu den Aktionen am 26. März stehen unter www.rotetasche.de

WUSSTEN SIE, DASS …

… in den nächsten 10 Jahren über die Hälfte aller Schulleiterinnen und Schulleiter in den Ruhestand gehen werden? Bereits jetzt können Schulleitungsposten häufig nicht besetzt werden, weil Bewerbungen ausbleiben. In etlichen Bezirken gibt es kaum Gymnasien und Gesamtschulen mit einer Schulleiterin. Es ist erwiesen, dass sich Frauen eher auf Leitungspositionen bewerben, wenn sie frühzeitig angesprochen und unterstützt werden. Nach dem Frauenförderplan (FFPL) sind die Schulleitungen und die Schulaufsicht hierzu besonders verpflichtet. Fordern Sie dies ein! **Wir Frauenvertreterinnen informieren Sie über den aktuellen Stand der Besetzungsverfahren. Wir beraten und unterstützen Sie gerne auf dem Weg nach oben!**

Drei Frauen auf dem Weg ...

GEW-Frauen haben in verschiedenen Positionen Verantwortung übernommen

Die Interviews führten Doreen Siebernik, Gesamtfrauenvertreterin und Elke Gabriel, Frauenvertreterin in Tempelhof-Schöneberg.

Marion Leibnitz,

Vorsitzende des Gesamtpersonalrates

FOTO: PRIVAT

MARION LEIBNITZ

Alter: 48 Jahre
Wo geboren: in Berlin
Wann ins Berufsleben: seit 1981
Wie lange als Erzieherin tätig? Zuerst als Heimerzieherin, dann gewechselt in den Schulbereich, weil ich alleinerziehende Mutter war.
Seit wann als Personalrätin tätig? 1992
Privates? Verheiratet, eine Tochter und einen neuen kleinen roten Kater – einen kleinen Teufel

Wie kamst du zur Personalratsarbeit und wann zum GPR?

Im Personalrat bin ich seit 1992. Eigentlich hat alles durch die Wende mit den Wahlen zur Bezirksleitung der GEW in Treptow begonnen. Ich war auf einer der ersten Mitgliederversammlungen und dort bin ich aufgestanden und habe für die Erzieherinnen gesprochen. Schon war ich in der Bezirksleitung und gleich stellvertretende Vorsitzende. Dementsprechend schloss sich bei den ersten Personalratswahlen meine Tätigkeit dort an.

1995 wurde der erste Gesamtpersonalrat gegründet. Alle örtlichen Personalräte waren aufgefordert, VertreterInnen zu entsenden. In meiner Region entschieden wir uns, eine Erzieherin zu entsenden. Insgesamt waren wir nur zwei Erzieherinnen, was sich übrigens bis zum heutigen Tag nicht geändert hat. In der Vorbereitungsphase wurde festgelegt, dass auf jeden Fall eine Erzieherin in den Vorstand sollte. Durch ein gemeinsames Seminar aller Interessierten kristallisierte sich heraus, dass ich im Vorstand mitarbeiten würde. So bin ich Gründungsmitglied des GPR und von Anfang an im Vorstand.

Warum hast Du für den Vorsitz kandidiert?

Diese Entscheidung fiel sehr kurzfristig und war beeinflusst durch den Entschluss von Rosi Seggelke (damals Vorsitzende des GPR) den Vorsitz der GEW Berlin zu übernehmen. Ich habe mich getraut. Dadurch, dass ich mehrheitlich die Vorstandsmitglieder hinter mir hatte, habe ich mich zur Wahl gestellt. In dieser Position wirst du vom Team getragen, du bist Mitglied des Gremiums und vertrittst es nach außen. Aber Du bist nicht die Chefin im Sinne einer Vorgesetzten. So verstehe ich mich. Ausschlaggebend war, dass ich wirklich zu neunzig Prozent Rückenstärkung hatte. Und als Team entschieden wir, dass diese Position weiterhin in den Händen einer Frau bleiben sollte.

Hattest du hilfreiche Unterstützung?

Es gab keine Vorbereitung. Hilfe und Unterstützung habe ich ganz besonders von Sabine Marinski erfahren. Sie war damals Vorstandsmitglied und wir haben uns ein Büro geteilt. Sie hat viel für mich mitgedacht, mich bei der Büroorganisation und dem oft lästigen Alltagskram unterstützt. Das war unheimlich hilfreich. Sie fehlt mir an ganz vielen Punkten immer noch.

Wie bist Du vernetzt?

Durch die GEW. Eine Reihe von Vorstandsmitgliedern der GEW sind auch im Vorstand des GPR. Die örtlichen Personalräte, der Hauptpersonalrat und wir sind in unserer Arbeit sehr vernetzt. Ich bin weiterhin in vielen Arbeitsgruppen. Ganz wichtig ist, dass ich immer noch Mitglied im örtlichen Personalrat bin und in der Bezirksleitung meiner Region. Dadurch habe ich Kontakt zu den Kolleginnen, erfahre, was an den Schulen und Horten passiert.

Und heute, was reizt dich an der deiner Arbeit?

Diese Arbeit hat für mich ein gewaltiger Entwicklungsprozess in Gang gesetzt. In meinem eigentlichen Beruf hätte ich diese persönliche Entwicklungsmöglichkeit nicht gehabt. Und trotzdem denke ich, dass ich irgendwie meiner Berufswahl treu geblieben bin. Ich bin jetzt auf einer anderen Ebene tätig. Ich setze mich gern mit den VertreterInnen der Senatsverwaltung auseinander. Ich bin, wie die meisten Frauen, schon an Harmonie und Konfliktlösung interessiert. Aber ich habe keine Angst vor Auseinandersetzungen mit der Behörde. Sie bereiten mir kein Magendrücken, das halte ich gut aus. Und Erfolgserlebnisse, wie ich sie für die ErzieherInnen erreicht habe, motivieren mich.

Würdest du heute noch einmal kandidieren?

Erneute Kandidatur? Jein. Ich weiß es noch nicht. Im Augenblick befindet sich der GPR in einer Situation, die der »Klärung« bedarf. Wer übernimmt welche Rolle, wer hat welche Aufgabe und wie wird diese wahrgenommen im Gefüge aus GEW, GPR, den örtlichen Personalräten und der Behörde. Für mich ist der GPR ja nicht nur ein Personalrat, sondern vorrangig auch ein gewerkschaftliches Gremium. Er könnte viel erreichen im Gespräch mit der Behörde, in Arbeitsgruppen zu verschiedenen Aufgabenfeldern, im Sinne der GEW und als Mittler zur Behörde. Derzeit werden die Chancen schlecht ge-

nutzt und aus guten Zielen, die alle Beteiligten verfolgen wollen, entstehen Reibungsflächen, die dem Gefüge schaden und den GPR sogar teils schwächen.

Hältst du eine gezielte Förderung von Frauen für einen beruflichen Aufstieg, wie es das Landesgleichstellungsgesetz vorsieht, für zeitgemäß und notwendig?

Für mich ist diese Frauenförderung, wir es das LGG vorsieht, zu eng. Ich habe meine Probleme damit, dass Frauenförderung immer Frauenbeförderung heißt. Frauenförderung wird immer nur in Richtung Leitungsposition verstanden. Leitungspositionen sind aber immer hierarchisch angesiedelt. Frauen denken, leben und handeln oft anders. Frauenförderung bedeutet für mich auch Qualifikation. Gegenfrage: Wie fördert das LGG zum Beispiel die Erzieherinnen?

Was tust Du aus deiner Position heraus für Frauen?

Viel. Ich denke, dass mein Werdegang für andere Frauen Motivation sein könnte. Ich habe viele Kolleginnen beraten und motiviert, beruflich voranzukommen, an Fortbildungen teilzunehmen oder Aufgaben zu übernehmen. Beispielsweise habe ich jetzt Marlies Matthai für eine Vorstandsposition im GPR motiviert und gewonnen.

Helga Keppeler-Schrimpf,

Schulleiterin einer Grundschule und jetzt frei gestellt zur Mitarbeit in proSchul

Was reizt Sie an der neuen Aufgabe bei proSchul?

Es hat mich schon immer begeistert, Schulen dabei zu unterstützen, die Schulentwicklung kind- und zeitgerecht einzuleiten. Zu meinen Aufgaben bei proSchul gehört es, moderne Arbeitsstrukturen zu implementieren und den persönlichen Kontakt mit der Schulleitung und dem Kollegium zu pflegen.

Warum haben Sie sich auf die Stelle als »Schulleiterin« beworben?

In erster Linie meine Leidenschaft für Kinder und Schule. Dabei half mir das Wissen, das ich mir auf den verschiedenen pädagogischen Feldern, wie in der Tätigkeit als Lehrerin, Schulleiterin und ebenso in der Fortbildung für Lehrkräfte erworben habe. Wichtig erscheint mir der Perspektivwechsel, einerseits als Lehrende der Umgang mit Kindern, andererseits der mit Studierenden/Erwachsenen. Ich habe durch meinen Lehrauftrag an der Universität noch einmal die Theorie intensiv studieren können und davon profitierte ich in der Praxis dann sehr. Nicht alles, was in der Theorie entwickelt wird, ist immer praxistauglich, das Wissen schärft aber den Blick auf die Praxis erheblich.

Auf welche Weise erhielten Sie aktive Unterstützung?

Ganz besonders durch den privaten Kontakt zu einer Kollegin, die Schulleiterin ist. Ebenso durch eine Person der betreuenden Schulaufsicht. Zu beiden Personen habe ich nach wie vor Kontakt.

Was halten Sie von begleitenden Mentoringprojekten zu Beginn einer neuen Funktionstätigkeit?

Das ist das wichtigste Instrument am Beginn einer Funktionstätigkeit! Learning by doing, keine Angst vor Fehlern zu haben. Mit einer MentorIn zentrale Punkte zu besprechen, dies ist sofort wirksam, nachhaltig und effektiv. Seminare und Fortbildungen sind dazu ergänzende, aber ebenfalls wichtige Maßnahmen. Informationen aus Seminaren lassen sich eben immer nur nach und nach in der eigenen Schule umsetzen.

Gehören Sie beruflichen Netzwerken an?

Ich bin seit Jahrzehnten Mitglied der GEW. Für besonders unterstützend halte ich die Teilnahme an der berlinweiten Intervisionsgruppe. Alle sechs bis acht Wochen treffen sich circa fünfzehn Frauen in Leitungsfunktionen, um gemeinsam einen schwierigen Fall zu besprechen. Natürlich pflege ich auch informelle Netzwerke auf beruflicher Ebene.

FOTO: PRIVAT

Welche Unterstützungsmaßnahmen halten Sie gemäß Frauenförderung LGG für unabdingbar?

Für unabdingbar halte ich Netzwerkarbeit. Meines Erachtens müsste auch hier die Schulaufsicht Treffen von Frauen initiieren, die Interesse an Leitungsaufgaben haben. Fortbildungen müssen zu den Bereichen Zeit- und Projektmanagement, ebenso zur Gesprächsführung und Konfliktbearbeitung speziell für Frauen angeboten werden, weil Männer andere Herangehensweisen pflegen und einen anderen Stil haben. Wichtig ist auch das Kennenlernen ergänzender Finanzierungsmöglichkeiten für den Schulbereich, um sich an übergreifenden Projekten beteiligen zu können; sowie Supervision/Intervision, um achtsam mit sich und den eigenen Ressourcen umzugehen.

Sie haben in Ihrem Berufsleben bereits mehrere Leitungsfunktionen ausgeübt. Auf welche Funktionsstelle würden Sie sich wieder bewerben und dieses Amt annehmen?

Auf jede einzelne wieder, weil sie mich intellektuell herausforderten und im Kontakt mit vielen Personen auf unterschiedlichen Ebenen bereichernd waren. So konnte ich meinen Horizont und meine Urteilskraft enorm erweitern und schärfen. Das hat mich sicher und gelassen gemacht im Umgang mit Menschen und der Arbeit.

HELGA KEPPELER-SCHRIMPF

Alter: 60 Jahre
geboren: in Vöhringen/Bayern
Start ins Berufsleben: seit 1976
Berufliche Erfahrungen: als Lehrerin, Mentorin der ReferendarInnen, Fortbildung für Lehrkräfte, Schulleiterin, wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Universität Dortmund (Schulpädagogik), prozessbegleitende Schulberaterin bei proSchul
Bei proSchul tätig: seit 2009
Persönliches/Privates: verheiratet, zwei Kinder (27/25), 1 Pflegekind (27)

Uta Schröder,

Schulleiterin der Hermann-Gmeiner-Schule

Was reizte Dich an der Aufgabe einer Schulleiterin?
Die Berliner Schule anders mitzugestalten und Schule besser machen zu wollen, weil ich der Meinung bin, dass staatliche Schule attraktiv und günstig für alle Kinder sein muss.

FOTO: PRIVAT

Warum hast Du dich auf diese Stelle beworben?
Zum einen das gemeinsame Lernen aller Kinder von Anfang an. Schule muss Spaß machen, damit man später die Chance hat, mit ihnen weiterzuarbeiten. Wir müssen die Lust und den Spaß am Lernen erhalten. Ich bin ein großer Fan vom gemeinsamen Lernen, von Anfang an bis zum Ende. Gemeinschaftsschule als eine Schule für alle. Diese Schule liegt in einem sozial benachteiligten Gebiet. Ich habe mich lange vorher in diesem Kiez ehrenamtlich engagiert, als Mediatorin im Nachbarschaftszentrum. Ich bin der Meinung, eine gute Schule ist eine offene Schule. Ich bin eine Netzwerkerin und wollte zeigen, wie man offen in der Schule arbeitet kann. Die Stelle in dieser Schule, in diesem Kiez war frei und wurde zur Besetzung ausgeschrieben. Ich fand Schulleitung immer interessant und bin im Vorfeld an die Uni Potsdam gegangen und habe Master of Schulmanagement studiert.

UTA SCHRÖDER

Alter: 44 Jahre
Wo geboren: in Neuruppin
Wann ins Berufsleben: seit 1988
Wie lange als Lehrerin tätig? seitdem
Seit wann als Schulleiterin tätig? 2006
Privates? verheiratet, eine gemeinsame Tochter – jetzt im Abitur

Wer und was haben dich unterstützt?
Die Behörde. Meine regionale Schulaufsicht war super. Ich wurde intensiv beraten, konnte in Ruhe arbeiten und alle Fragen stellen. Der Job umfasst drei Aufgabengebiete. Für die Schule da sein. Darauf war ich vorbereitet. Für das Kollegium da sein – Chefin sein. Überhaupt damit klarzukommen, dass du jetzt die Chefin bist. Klarzukommen mit der Erwartungshaltung des Kollegiums an dich. Alle erwarten, dass du Anweisungen gibst, dass du führst. Und sich im Unterricht zu zeigen, dass du fachlich Ahnung hast und guten Unterricht machst.

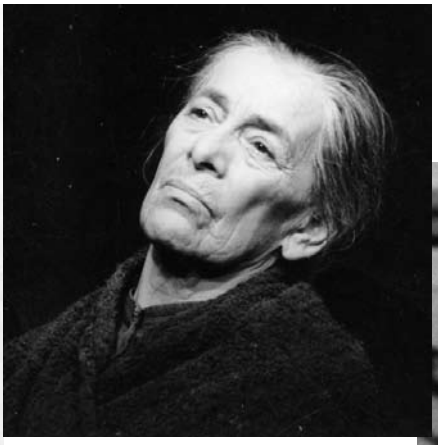
Die Frauenvertreterin in Lichtenberg hat mich sehr unterstützt, wenn ich »menschlich am Ende war«, hat sie mich wieder »zusammengeflickt«. Mein lieber Mann hat mich unterstützt. Es geht nicht ohne diesen Rückhalt. Freunde waren und sind da. Wenn dich dieses Umfeld nicht hält, dann geht es nicht. Ich habe am Mentoringprogamm der Senatsschulverwaltung teilgenommen. Frau Pape war meine Mentorin. Wir haben ein gutes Netzwerk aufgebaut.

Wie bist du über die Schule hinaus vernetzt?
Ich bin doch tatsächlich in der GEW und aktiv im Verband der Berliner Schulleiterinnen und Schulleiter. Seit dem vergangenen Jahr bin ich im Team mit Paul Schuknecht Vorsitzende der Vereinigung. Gut vernetzt bin ich durch das Mentoringprogramm der Senatsverwaltung. Wir haben ein Intervisionsteam gegründet und arbeiten schulartübergreifend miteinander. Weiterhin bin ich aktiv im Kiez der Schule. Ich bin im Vorstand des Nachbarschaftszentrums Kiezspinnen. Das ist noch aus meiner Mediatorinnentätigkeit. Wir setzen Partnerschaftsprogramme für benachteiligte Jugendliche um. In der Region Lichtenberg bin ich ebenfalls in der Intervisionsgruppe »Gesunde Schule«. Ich arbeite im Kinderschutz Lichtenberg mit und in den verschiedensten Arbeitsgruppen im Senat auf inhaltlicher und fachlicher Basis. Aber – über die Schule hinaus gibt es bei mir nicht. Es gibt ein afrikanisches Sprichwort: »Um ein Kind zu erziehen, braucht es das ganzes Dorf«. »Dieses Dorf« muss da sein. Alles, was ich tue, ist darauf ausgerichtet.

Würdest du dich heute wieder auf diese Funktionsstelle bewerben?
Mit meiner Erfahrung jetzt würde ich mich noch einmal bewerben, wenn ich eine Gemeinschaftsschule leiten könnte. Diese Schulform finde ich mit Abstand die wichtigste und die beste.

Hältst du eine gezielte Förderung von Frauen für einen beruflichen Aufstieg, wie es das Landesgleichstellungsgesetz vorsieht, für notwendig?
Ich finde man muss Frauen die Chance geben, Familie und Beruf zu vereinbaren. Familienarbeit darf kein Hinderungsgrund für Karriere sein!
Frauen, die Familienarbeit leisten, müssen in der Schule bestmöglich unterstützt werden. Dafür halte ich eine Ausstattung von weit über 100 Prozent für notwendig, um das umzusetzen.

Was tust Du aus deiner Position heraus für Frauen?
Ich spreche Frauen zielgerichtet an. Ich motiviere sie, die Leitung von Arbeitsgruppen zu übernehmen, ermögliche Fortbildungen, auch am Vormittag und versuche den Stundenplan so zu bauen, dass sie das umsetzen können. Die Berücksichtigung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist mir sehr wichtig. Work-Life-Balance. Frauen, die sich qualifizieren wollen, versuche ich vieles zu ermöglichen. So habe ich eine gute junge Kollegin in eine andere Region ziehen lassen, damit sie in Wohnortnähe arbeiten kann.



Helene Lange, Helene Weigel und Else Meidner

Mehr weibliche Namensgeberinnen für die Berliner Schule

von Marion Wölki, Frauenvertreterin Mitte

Die Schulstrukturreform ist im vollen Gange. Die Berliner Schullandschaft verändert sich. Neben dem Gymnasium wird es künftig die integrierte Sekundarschule geben. Das führt auch zu Schulfusionen. Mir fiel auf, dass in der Region zwei Schulen fusionieren, von denen eine den Namen einer weiblichen Persönlichkeit, die andere den Namen eines bekannten Mannes trägt. In der Region Mitte gibt es nur 4 Schulen mit Frauennamen, aber 36 mit Männernamen. Diese Relation ist 1:9. Außerdem tragen 25 weitere Schulen geschlechtsneutrale Bezeichnungen.

Eine statistische Auswertung aller Berliner Schulnamen ergibt ein niederschmetterndes Resultat: Unter den 692 öffentlichen Schulen, die berufsbildenden und staatlichen Spezialschulen sind hier ausgenommen, tragen nur 63 einen Frauen-, aber 340 einen Männernamen. 289 Schulen haben einen neutralen Namen. Das heißt nicht einmal ein Zehntel hat einen Frauennamen, aber fast die Hälfte der Schulen tragen Männernamen. Die bisherige Praxis der Namensgebung erweckt den Eindruck, als wären nur wenige Frauen berühmt und wichtig genug, um in Erscheinung zu treten. Bei Fusionen und Schulneugründungen sollte daher der Genderaspekt berücksichtigt und auf die Ausgewogenheit der Geschlechter bei der Neubenennung von Schulen geachtet werden. Hier bietet sich eine Chance, weitere, bislang noch wenig bekannte Frauen ins Licht der Öffentlichkeit zu rücken. Wenn eine Schule nach einer weiblichen Persönlichkeit benannt ist, kann dass sowohl den Schülerinnen als auch für das Kollegium eine Identifikationsmöglichkeit bieten. Zudem ist es an der Zeit, dass die Leistungen von Frauen endlich vermehrt gesehen, beachtet und wertgeschätzt werden — und zwar auch dadurch.

In Berlin nimmt Charlottenburg/Wilmersdorf mit neun weiblichen Schulnamen gegenüber 37 Männernamen eine »Spitzenstellung« ein, während Marzahn/Hellersdorf mit zwei Frauennamen das Schlusslicht bildet.

Eine Aktion der Bremer Senatorin für Bildung und Wissenschaft, Renate Jürgens-Pieper, könnte für Berlin ein Modell darstellen. Sie hat bei der Umwandlung der Schulen zu gemeinsamen Oberschulen alle Schulleitungen und die betroffenen Gremien aufgefordert, den Aspekt der Ausgewogenheit der Geschlechter bei der Namensgebung zu berücksichtigen. Gleichzeitig schickte sie eine Liste verdienstvoller Bremerinnen an alle Beteiligten und

Haben noch keine Schule in Berlin: Helene Lange, Helene Weigel und Else Meidner (v.l.n.r.)

FOTO: PRIVAT

Marion Wölki

FOTOS: (V.L.N.R.) WIKIPEDIA, A. PISAREK/WIKIPEDIA, LUDWIG-MEIDNER-ARCHIV

machte die Richtlinien für eine Umbenennung bekannt. Senator Jürgen Zöllner könnte sich an Bremen ein Beispiel nehmen, eine Liste berühmter BerlinerInnen zusammenstellen und die Berliner Schulen und Gremien anregen, dem Bremer Vorbild zu folgen.

In Berlin ist es die Aufgabe der Schulkonferenz, über den Schulnamen abzustimmen. Dem geht jedoch stets eine Diskussion im Kollegium voraus. Schließlich müssen die StadträtInnen für Bildung und Kultur in der jeweiligen Region ihre Zustimmung geben. Wenn wir ernsthaft eine Geschlechterdemokratie anstreben, böte sich hier eine gute Gelegenheit für einen Schritt in die richtige Richtung. Die Frauenvertreterinnen unterstützen Sie hierbei gerne.

Helene Lange, 1848 bis 1930, Pädagogin und Frauenrechtlerin. Helene Weigel, 1900 bis 1971, Schauspielerin und Theaterintendantin. Else Meidner, 1901 bis 1987, Grafikerin und Malerin

Frauen steigen immer höher

Über Frauen, die einen Nobelpreis bekamen

von Hiltrud Quast, Frauenvertreterin Charlottenburg-Wilmersdorf

Herta Müller bei der Verleihung des Nobelpreis 2009.

FOTO: IMAGO/KAMERAPRESS

Im vergangenen Dezember erhielt Herta Müller als erste deutsche Frau den Nobelpreis für Literatur. Damit gehört sie zu den wenigen Frauen, denen seit der ersten Vergabe der Nobelpreise im Jahre 1901 die mit knapp einer Million Euro dotierte Ehrung zuteil wurde.

Nobel-Frauen sind eine Minderheit. Unter den 804 Gewürdigten sind nur 41 Frauen, also etwa fünf Prozent. Und das ist kein Zufall. Es ist vielmehr ein Lehrstück über Frauenleben vom Ende des 19. bis zum heutigen, dem 21. Jahrhundert. Nicht nur Marie Curie, die erste Nobelpreisträgerin, musste noch für ihre Ausbildung kämpfen. Auch Frauen, die nach ihr kamen, hatten noch lange nicht die gleichen Rechte wie Männer.

Mädchenbildung blieb über Jahrhunderte hinweg eine Privatangelegenheit der großbürgerlichen und adeligen Kreise. Hierbei war es ein vorrangiges Ziel, »gefällige Gattinnen« und »geschickte und züchtige Hausfrauen« heranzuziehen. Als schließlich die allgemeine Schulpflicht und der Besuch von Gymnasien auch die finanzschwachen Schichten erreichten, waren sie aber nur Knaben vorbehalten.

Erst unter dem Druck der Frauenbewegung des auslaufenden 19. Jahrhunderts entstanden die ersten Mädchenlyzeen. Der Zugang zu Universitäten blieb Frauen jedoch weiterhin verboten. Ihr kleineres, leichteres Gehirn und die kürzeren Beine sollten die »Unmöglichkeit einer geistigen Bildung der Frau« und die »Begrenzung auf das häusliche Umfeld« »wissenschaftlich« belegen. Doch der Druck starker Frauen wie Helene Lange, Gertrud Bäumer, Hildegard Wegscheider und vieler anderer trug schließlich dazu bei, dass 1908 das Universitätsverbot für Frauen in allen Teilen Preußens aufgehoben wurde.

Heute scheint Mädchen- und Frauenbildung, zumindest in Europa, eine Selbstverständlichkeit zu sein. Um dieses Ziel zu erreichen, bedurfte es jedoch zäher politischer und gesellschaftlicher Auseinandersetzungen. Nobelpreisträgerinnen wie Marie Curie (Physik und Chemie), Selma Lagerlöff (Literatur), Bertha von Suttner (Frieden), Theresa Cori (Medizin) und nun auch Elinor Oström (Wirtschaft) hatten und haben dabei eine beispielhafte Vorbildfunktion. Viele von ihnen standen in einem Spannungsfeld der unterschiedlichen Ansprüche von Partnerschaft, Familie und Karriere – ein Preis, den in diesem Umfang keiner der männlichen Preisträger zahlen musste. Einige verzichteten ganz auf Partnerschaft und Kinder, aber keine gab ihren Beruf auf, um sich ganz der Familienarbeit zu widmen. Jede dieser Frauen steht symbolisch für das, was Mädchen und Frauen leisten können – wenn sie unterstützt und nicht gehindert werden.

Im Fall von Herta Müller langweilten zwar einige Kommentatoren wieder einmal mit Hinweisen zu Müllers Frisur, Kleidung und Bescheidenheit – man stelle sich so etwas doch einmal für Einstein oder Grass vor. Doch zwischen den Zeilen wurde auch die Erkenntnis deutlich, die bereits Pearl S. Buck während ihrer Nobelpreisverleihung im Jahre1938 so in Worte fasste: »Sie können vielleicht nicht ermessen, was es in vielen Ländern bedeutet, … dass ausgerechnet eine Frau in diesem Augenblick hier steht.«

www.Arbeiterkind.de

Eine Initiative für SchülerInnen aus bildungsfernen Schichten

FOTO: PRIVAT

von Ilke Glockentöger, Junge GEW

Ihre Eltern haben nicht studiert, sie selbst promoviert inzwischen an der Universität Gießen. Katja Urbatsch ist damit eher eine Ausnahme in Deutschland. Viele Studien belegen, dass im deutschen Bildungssystem die soziale Herkunft der wesentliche Faktor ist, der über den Bildungserfolg entscheidet. Laut der aktuellen Sozialstudie des deutschen Studentenwerks nehmen von 100 Kindern aus Akademikerfamilien 83 ein Hochschulstudium auf. Dagegen studieren von 100 Kindern nicht-akademischer Herkunft lediglich 23 – obwohl doppelt so viele die Hochschulreife erreichen. Dass sich so viele AbiturientInnen, deren Eltern nicht studiert haben, gegen ein Studium entscheiden, hat dabei nicht nur finanzielle Gründe. Katja Urbatsch weiß aus eigener Erfahrung, dass auch andere Faktoren wie die Unterstützung der Familie oder der Zugang zu Informationen eine wichtige Rolle spielen können.

Vor zwei Jahren gegründet

Deshalb gründete sie eine Initiative, dessen Internetportal als *Arbeiterkind.de* vor gut zwei Jahren online ging. Der strittige Name der Initiative verweist dabei nicht auf die Arbeiterklasse – unter »Arbeiterkindern« fasst die Initiative alle jungen Menschen zusammen, die aus Familien kommen, in denen (noch) niemand studiert hat. Die Initiative will SchülerInnen aus bildungsfernen Schichten zur Aufnahme eines Hochschulstudiums ermutigen. Viele praktische Tipps, von der Bewerbung um einen Platz an der Universität bis zur Studienfinanzierung, werden auf der Internetseite mit Informationen zu Praktika und Auslandsstudium sowie Hinweisen zum wissenschaftlichen Arbeiten und zum Studienabschluss ergänzt.

Netzwerk zur Unterstützung

Neben dieser Internetseite hat *Arbeiterkind.de* ein bundesweites Netzwerk von MentorInnen aufgebaut. Hunderte Studierende und Hochschulbeschäftigte beraten und unterstützen SchülerInnen und StudienanfängerInnen aus Nicht-Akademikerfamilien. In Deutschland gibt es inzwischen an über 70 Orten Gruppen und Einzelpersonen, die sich dafür engagieren. Dass sich innerhalb weniger Monate so viele MentorInnen für dieses ehrenamtliche Engagement entschieden haben, ist kein Zufall. Denn die meisten von ihnen sind selbst »BildungsaufsteigerInnen« und haben erlebt, wie schwierig es ist, als Nicht-AkademikerInnen in diesem Bildungssystem Erfolg zu haben.

Die ungleichen Bildungschancen, die das deutsche Bildungssystem produziert, werden von der Initiative zwar beharrlich benannt, als Konsequenz wird aber nicht für die Beseitigung eines selektiven Schulsystems gekämpft, sondern stattdessen die Verantwortung des Individuums in den Vordergrund gerückt. Dahinter steht die Vorstellung, dass die Reproduktion von sozialer Ungleichheit in der Schule durch das Einwirken auf einzelne SchülerInnen verändert werden kann. Ob *Arbeiterkind.de* eine Etappe auf dem Weg zu einer »Schule für alle« ist, bleibt deshalb mehr als fraglich. Dass diese Initiative aber jungen Menschen aus nicht-akademischen Familien eine gute Unterstützung sein kann und das ehrenamtliche Engagement der MentorInnen sehr wertvoll ist, steht außer Frage.

Kontakt zu Lehrkräften an Berliner Schulen gesucht! In Berlin gibt es eine Ortsgruppe der Initiative Arbeiterkind.de, die Informationsveranstaltungen durchführt. Zwar richtet sich diese primär an junge Menschen aus bildungsfernen Schichten, aber die Veranstaltungen werden nur mit Jahrgangsstufen, Klassen oder Kursen durchgeführt, sodass alle SchülerInnen davon profitieren können. Arbeiterkind.de sucht deshalb Kontakt zu Lehrkräften in Berlin – vorrangig an Gymnasien, Gesamtschulen mit gymnasialer Oberstufe und Berufsschulen, aber auch an Sekundarschulen. E-Mail: berlin@Arbeiterkind.de oder persönlich an jedem dritten Dienstag eines Monats im Pfeiffers in der Oranienstraße 17 in Berlin-Kreuzberg. Aktuelle Termine: www.Arbeiterkind.de.

NEUWAHL DES LASS BERLIN

Der Landesausschuss der Studentinnen und Studenten (LASS) Berlin hat im Dezember neu gewählt. Als LASS-Mitglieder wurden gewählt: Diana Greim, Jana Fischer, René Held, Johannes von Simons, Funda Cnak, Claudia Kröber und André Kutschki. Gemeinsam mit euch wollen wir uns für freie Bildung im Sinne der Chancengleichheit, für ein flexibles, selbstbestimmtes und gebührenfreies Studium, für den Erhalt des Tarifvertrages für studentische Beschäftigte, gegen die Entdemokratisierung und Ökonomisierung der Hochschulen, gegen die Ausbeutung von PraktikantInnen und gegen die soziale Selektion durch Elitenförderung einsetzen.
Wir treffen uns jeden 3. Mittwoch des Monats, das nächste Mal am **24. März 2010**. Oder du kontaktierst uns bei Fragen, Anregungen und Ideen per Mail unter: lass@gew-berlin.de

Was will VERA uns sagen?

Eine kritische Betrachtung der Vergleichsarbeiten

von KollegInnen der Karlsgarten-Grundschule in Neukölln

In diesem Jahr werden wir zum siebten Mal die Vergleichsarbeiten durchführen müssen. Müssen wir? Warum eigentlich? Wir, die KollegInnen der Schulanfangsphase der Karlsgarten-Schule in Neukölln Nord, haben bei verschiedenen Treffen über VERA diskutiert und stellten einhellig einen wachsenden Unwillen gegenüber den Vergleichsarbeiten fest. Warum? Kurz gesagt: VERA nützt uns nichts, VERA belastet uns nur. Schauen wir uns einmal die offizielle Zielsetzung der Vergleichsarbeiten an.

Standardsicherung und -entwicklung

Als flächendeckende Lernstandserhebung soll VERA den Leistungsstand von SchülerInnen ermitteln und in Bezug zu normierten Bildungsstandards sowie zu Vergleichsgruppen setzen, beispielsweise zum Landesdurchschnitt oder zu SchülerInnen-Gruppen, die der eigenen Klasse ähnlich sind. Dazu ist zweierlei zu bemerken:

1. Als Diagnoseinstrument zur differenzierten Erhebung der Stärken und Schwächen von – insbesondere unseren – SchülerInnen ist VERA vollkommen ungeeignet,
- weil die Arbeiten leselastig sind und größtenteils eine elaborierte Sprache verwenden, die viele Kinder nur schwer verstehen,
- weil die Mehrzahl der Aufgaben die SchülerInnen überfordert,
- weil die Sachkontexte und Aufgabenformate nicht der Lebenswirklichkeit der Kinder entsprechen,
- weil VERA nur sehr begrenzte Kompetenzbereiche abfragt und die Auswertungskategorien undifferenziert und unsinnig sind. (siehe die Veröffentlichungen des Grundschulverbandes http://www.grundschulverband.de/vergleichsarbeiten.html)

2. Dass die SchülerInnen unserer Schule sich am unteren Leistungsrand bewegen, ist keine neue Erkenntnis. Das wissen wir lange und wir wissen es besser. Keine KollegIn bedient sich der Ergebnisse der Vergleichsarbeiten, um Aufschluss über den Lernstand ihrer SchülerInnen zu gewinnen.

VERA stellt mit Blick auf unsere SchülerInnen beziehungsweise unsere Schulrealität ein mangelhaft konzeptioniertes Instrument dar, das ein uns längst bekanntes Ergebnis undifferenziert ermittelt und darstellt.

Schul- und Unterrichtsentwicklung

»Die Vergleichsarbeiten werden […] geschrieben, um den Lehrerkräften objektive Informationen über den Lernstand ihrer SchülerInnen zu liefern und um gegebenenfalls einen Förderbedarf bestimmter SchülerInnengruppen in bestimmten Lernbereichen zu verdeutlichen. Der Vergleich der Ergebnisse mit anderen Klassen, der Schule, dem gesamten Bundesland oder einer sozial ähnlich zusammengesetzten Gruppe, eröffnet Lehrkräften eine über das klasseninterne Bezugssystem hinausgehende Perspektive.« (www.uni-landau.de/vera unter Elterninformationen)

Eigentlich sollte klar sein: Wenn man Schule evaluiert, dann mit dem Zweck, Schule zu verbessern. Andernfalls kann man sich die Erhebung auch sparen. Wie oben bereits ausgeführt, sind die Vergleichsarbeiten aber eben nicht geeignet, objektive Informationen über den

VERA-gestresste Grundschüler beim Abhängen. FOTO: MATHIAS THURM

Lernstand von SchülerInnen zu ermitteln und bieten gerade keine Grundlage für die Bestimmung von individuellem Förderbedarf. Diesen ermitteln LehrerInnen auf anderem Wege. Sie bestätigen aber, dass die Ressourcen an unserer Schule nicht ausreichen, um die Entwicklungs- und Bildungsrückstände unserer SchülerInnen auszugleichen. Es lässt sich aber nirgends ein Ziel finden, wonach die Erkenntnisse aus der Lernstandserhebung die Zumessung von Personal oder Sachmitteln beeinflussen und so zum Nachteilsausgleich für die betreffenden Kinder herangezogen würden. Nein: »Die aktive Beteiligung [der LehrerInnen] an der Durchführung und Auswertung soll zu schulinterner Kooperation und Diskussion über z. B. Standards, Unterrichtsgestaltung oder Beurteilungspraxis anregen.« (http://www.uni-landau.de/vera)

Das kennen wir ja schon: Zeigen sich irgendwo Defizite oder Bedarfe, dann sollen sie mit den bestehenden Ressourcen ausgeglichen werden. Wir haben also nicht nur die zusätzliche Belastung, die mit der Durchführung von VERA entsteht. Den Lernrückstand unserer SchülerInnen, der dadurch noch einmal offiziell attestiert wird, den haben wir bitte schulintern und ohne weitere Unterstützung auszugleichen. Ob und wie das möglich sein soll, das wird nicht gefragt, weil es bildungspolitisch nicht von Belang zu sein scheint. Es könnte ja was kosten.

Verbesserung der Diagnosegenauigkeit

Indem LehrerInnen vor dem Schreiben der Vergleichsarbeiten die zu erwartenden Ergebnisse ihrer SchülerInnen einschätzen, ermöglicht »der Vergleich dieser Voraussagen mit den tatsächlichen Lösungshäufigkeiten […] jeder Lehrkraft eine Auseinandersetzung mit der eigenen Diagnosegenauigkeit.« (www.uni-landau.de/vera)

Das macht uns einigermaßen sprachlos. Wir sollen unsere Diagnosegenauigkeit an einem Testverfahren schulen, das wir als unpassend, ungenau und unsinnig einschätzen und gegen unser besseres Wissen durchführen? Unter »Nebenziele« wird die »größere Vertrautheit im Umgang mit dem PC und dem Internet bei den beteiligten Lehrkräften« (ebenda) angeführt. Wir wollen hier einmal die tatsächlichen »Nebenziele« von VERA anführen, die wir in höchstem Maße bedenklich finden:

- Die Ergebnisse der Vergleichsarbeiten werden missbräuchlich verwendet: LehrerInnenleistung wird am Leistungsstand der SchülerInnen gemessen. Für den strukturell verursachten Leistungsrückstand unserer SchülerInnen werden wir LehrerInnen verantwortlich gemacht – und damit allein gelassen. Das ist ungeheuerlich!
- In der Folge kommt es zu Unehrlichkeit und »Mogelei«: Die Testinhalte werden mancherorts mit den SchülerInnen vorab eingeübt, damit sie besser abschneiden und/oder die Auswertung wird manipuliert.
- Lerninhalte orientieren sich vermehrt an der »Einübung gängiger Testformate« statt an den Bedürfnissen der SchülerInnen. Inzwischen wurden sogar von verschiedenen Verlagen Übungshefte zur Vorbereitung auf die Vergleichsarbeiten veröffentlicht.
- Unsere SchülerInnen und wir LehrerInnen werden durch unangemessene Testaufgaben frustriert und geraten unter Druck. Die wahrhaft sinnvollen Lerninhalte für unsere Kinder drohen aus dem Blick zu geraten.

In der Pressemitteilung des Grundschulverbandes vom 11. Mai 2009 wird auf den Punkt gebracht, was wir mit diesem Artikel zeigen wollten: »Die massive Testerei an den Schulen ist ein verhängnisvoller schulpolitischer Irrweg. Es wird getestet, verglichen und normiert, ohne dass dabei neue Erkenntnisse gewonnen werden. Konsequenzen werden nicht gezogen: Eine wirksame Unterstützung der Schulen, um alle Kinder besser fördern zu können, gibt es in der Regel nicht.«

Wir fragen uns also: Warum findet VERA dann statt? In besagter Publikation scheint uns eine mögliche Antwort formuliert zu sein: »Ein aufwendiger Massentest mit fragwürdigen Ergebnissen wird von der Bildungspolitik als Nachweis bildungspolitischer Aktivität verkauft.« Das kann uns freilich nicht zufriedenstellen und fordert unseren Unmut und unseren Protest heraus! Euren auch? Dann sollten wir uns zusammentun.

Vorbereitungstreffen: Wir laden gemeinsam mit der Initiative »Grundschulen im sozialen Brennpunkt« alle KollegInnen, die sich in diesem Schuljahr gegen die Durchführung von VERA wehren wollen, zu einem Vorbereitungstreffen ein. Hier wollen wir unser Vorgehen abstimmen. Dienstag, dem ***24. März 2010 um 17 Uhr*** *im GEW-Haus, Raum 33.*

GEW ZEUGNIS PROGRAMM

Zeugniserstellung leicht gemacht!

Das GEW-Zeugnisprogramm nimmt Ihnen die lästige Schreibarbeit ab. Neben der reinen Zeugniserstellung gibt es zahlreiche zusätzliche Funktionen wie Noten- und Klassenlisten, Prognoseberechnungen für die Grund- und Gesamtschule oder eine Fehlzeitenverwaltung, die Ihnen die täglichen Arbeit erleichtern.

Sie können das Programm aus dem Internet kostenlos herunterladen, um es ausgiebig auszuprobieren. Sie werden feststellen, es gibt nichts Vergleichbares zu diesem Preis auf dem Markt. Sie finden das Programm auf unserer Homepage unter www.gew-berlin.de/zeugnis.htm.

Preise für GEW-Mitglieder

	Online	CD
Grundschule	20,-	30,-
Gemeinschaftsschule		
- Sek. I	20,-	30,-
- Klasse 1-10	30.-	40,-
Gesamtschule		
- Sek. I	30,-	40,-
- mit gymn. Oberstufe	40,-	50,-
- mit Grundstufe u. gymn. Oberstufe	50,-	60,-
Hauptschule	20,-	30,-
Realschule	20,-	30,-
Haupt- u. Realschule	30,-	40,-
Gymnasium		
- Sek. I	20,-	30,-
- Sek. I und Sek II	30,-	40,-
- Sek. I und Sek. II mit Klasse 5 und 6	40,-	50,-
Gymnasiale Oberstufe	20,-	30,-

Preise für Nicht-Mitglieder unter www.gew-berlin.de/4547.htm, Kollegiumspreise (Mengenstaffel) auf Anfrage. Von dem Programm gibt es auch Schulversionen, Informationen dazu unter www.gew-berlin.de/4681.htm.

Die Freischaltung bzw. die Zusendung erfolgt nach Eingang der Zahlung. Updates werden kostenlos oder gegen eine geringe Gebühr im Internet bereitgestellt. Innerhalb eines Jahres nach Erwerb sind alle Updates kostenlos.

Bestellschein: *siehe Seite 23*

Ein Schritt in die richtige Richtung

Entwurf einer Stellungnahme zur Einschätzung der neuen Schulstruktur in Berlin

von den SprecherInnen des Runden Tisch Gemeinschaftsschule

Die vom Berliner Abgeordnetenhaus am 14. Januar 2010 durch Schulgesetzänderung beschlossene Schulstrukturreform sehen wir als Schritt in die richtige Richtung: Nach der Grundschule erfolgt nicht mehr eine auf den Abschluss bezogene Selektion in verschiedene weiterführende Schulen – beide künftig angebotenen Schulformen bieten die in Berlin erreichbaren Abschlüsse an, den Mittleren Schulabschluss und das Abitur. Die Grundschulen sind damit von der höchst fragwürdigen Aufgabe entbunden, verfrüht Voraussagen treffen zu sollen, ob ein Kind geeignet ist, das Abitur anzustreben oder nicht. Die separierenden Auswirkungen des gegliederten Schulsystems werden gemindert, jedoch keineswegs beseitigt. Denn auch die jetzt beschlossene Schulstrukturreform bleibt in den Grenzen eines gegliederten Systems. Die Gymnasien werden in ihrer Höherwertigkeit nicht angetastet; die Integrierten Sekundarschulen – aufgeteilt in Schulen mit und ohne Sekundarstufe II – nehmen nachgeordnete Plätze ein. Die Sonderschulen, insbesondere die sogenannten Förderzentren »Lernen« mit ihren unzureichenden Erfolgen hinsichtlich der Förderung ihrer SchülerInnen, bleiben erhalten.

Wenn also die künftige Berliner Schulstruktur jetzt unter der Überschrift »aus 5 macht 2« als zweigliedriges Schulsystem charakterisiert wird, entspricht dies keineswegs der Realität. Die Berliner Schule wird künftig fünfgliedrig organisiert: Gymnasien, Integrierte Sekundarschulen mit Sekundarstufe II, Integrierte Sekundarschulen ohne Sekundarstufe II, Sonderschulen und Gemeinschaftsschulen.

Kritik im Detail

Die folgenden Festlegungen der jetzt erfolgten Schulgesetzänderung halten wir für falsch und fordern deren Korrektur: Die Gymnasien leisten weiterhin keinen Beitrag zur gesellschaftlich dringend erforderlichen integrativen pädagogischen Arbeit. Ihnen wird wie bisher das Recht eingeräumt, SchülerInnen, die sie für den Besuch eines Gymnasiums für ungeeignet halten, auf die Integrierten Sekundarschulen auszusondern. Eine Gleichwertigkeit der verschiedenen Sekundarschulen – auch die Gymnasien sind Sekundarschulen! – ist nur dann gegeben, wenn generell auf eine leistungsbezogene Auslese verzichtet wird. Wir fordern deshalb die generelle Abschaffung von Abschulung und Probejahr. Während die SchülerInnen der Integrierten Sekundarschulen grundsätzlich aufrücken und eine Jahrgangsstufenwiederholung nur als Ausnahme und in Absprache mit den Erziehungsberechtigten erfolgen soll, wird in den Gymnasien weiterhin zwischen Versetzung und Nichtversetzung entschieden. Wir fordern auch in diesem Punkt die Gleichbehandlung beider Sekundarschulen, also den grundsätzlichen Verzicht auf Nichtversetzungsentscheidungen und gleiche Regelungen wie in der Integrierten Sekundarschule auch in den Gymnasien.

Wir kritisieren, dass einer relativ großen Anzahl von Gymnasien weiterhin das Sonderrecht eingeräumt wird, als »grundständige Gymnasien« 5. und 6. Klassen zu führen. Diese Maßnahme einer frühen Selektion unterhöhlt weiterhin die sechsjährige Grundschule in ihrer integrativen pädagogischen Arbeit. Wir fordern das Auslaufen der 5. und 6. Klassen an Gymnasien. Im Parlamentsbeschluss vom 25. Juni 2009 (»Weiterentwicklung der Berliner Schulstruktur«) wurde festgelegt: »Die Gemeinschaftsschule wird als schulstufenübergreifende Schulform rechtlich abgesichert«. Dies erfolgte in der jetzt beschlossenen Schulgesetzänderung nur im Rahmen des Schulversuchs »Pilotphase« Das entspricht nicht dem Parlamentsbeschluss vom 25. Juni. Der Runde Tisch Gemeinschaftsschule Berlin fordert die Aufnahme der Gemeinschaftsschulen als eine der in Berlin bestehenden Schularten in SchulG § 17 (2). Nur wenn die Entwicklung der Gemeinschaftsschule vorrangiges Ziel ist, kann die jetzt erfolgte Schulstrukturreform als Schritt auf dem Weg zur inklusiven Schule gewertet werden.

Die seit März 2009 auch in Deutschland geltende UN-Behindertenrechtskonvention mit ihrem Auftrag einer schrittweisen Überwindung des selektiv gegliederten Schulsystems hat bei der jetzt erfolgten Schulgesetzänderung noch keine Berücksichtigung gefunden. Wir fordern, dass dies unter Einbeziehung aller Schulformen kurzfristig erfolgt. Dringend erforderlich ist eine Änderung von SchulG § 37 (3). Die Schulaufsichtsbehörde darf nicht weiterhin entscheiden, dass ein Kind gegen den Willen seiner Eltern eine Schule mit sonderpädagogischem Schwerpunkt zu besuchen hat. Darüber hinaus erwarten wir, dass der Senat kurzfristig seine Planungen vorlegt, wie und in welchem Zeitraum die bestehenden Sonderschulen der UN-Behindertenrechtskonvention gemäß in die allgemeinen Schulen eingegliedert werden.

Die Kooperation der Integrativen Sekundarschulen und der Gemeinschaftsschulen ohne eigene Oberstufe mit gymnasialen Oberstufen wurde im Schulgesetz bisher nicht verbindlich geregelt. Dies halten wir für unerlässlich.

Wir begrüßen, dass die positiven Erfahrungen mit dem Dualen Lernen in den Integrierten Sekundarschulen und in den Gemeinschaftsschulen flächendeckend zum Tragen kommen. Wir kritisieren jedoch, dass der Gesetzestext nicht eindeutig sichert, dass auch auf diesem Wege alle Abschlüsse erreicht werden können.

Der Runde Tisch Gemeinschaftsschule Berlin erwartet, dass Senat und Abgeordnetenhaus nicht bei diesem ersten Schritt stehen bleiben, sondern weitere Schritte in Richtung einer inklusiven Schule folgen lassen.

Der Entwurf wird dem Runden Tisch am 3. März zur Beschlussfassung vorgelegt. Die SprecherInnen: Marliese Seiler-Beck, Ulla Widmer-Rockstroh, Peter Heyer, Thomas Isensee, Lothar Sack.

Im Mittelpunkt müssen die Lernenden stehen

Bildungsinhalte, Lerngegenstände und schulische Selektion

FOTO: MIKE WOLFF

von Sybille Volkholz, Leiterin des Bürgernetzwerk Bildung des VBKI (Verein Berliner Kaufleute und Industrieller)

Alle empirischen Befunde belegen, dass der Umgang des deutschen Schulsystems mit Benachteiligten außerordentlich schlecht gelingt. Warum gelingt es öffentlichen Schulen in Deutschland schlechter als Schulen in anderen Ländern, Nachteile aufgrund familiärer und sozialer Herkunft auszugleichen? Auch die Verbesserungen der Schülerleistungen, die PISA 2003 gegenüber den Ergebnissen von 2000 aufweist, finden sich vor allem im oberen Leistungsbereich und nicht bei den benachteiligten Hauptschülern. Insbesondere in Berlin ist die Diskrepanz zwischen den Leistungen von Kindern in Haushalten mit mehr als 100 Büchern und denen darunter besonders hoch, wie auch die Diskrepanz zwischen den Leistungen von Kindern mit Migrationshintergrund und denen ohne.

Bei der Suche nach Ursachen soll im Folgenden ein Aspekt beleuchtet werden, der bisher wenig Beachtung findet. Die zentrale Aufgabe der Schule ist es, Kompetenzen zu vermitteln, die Jugendliche zur Bewältigung des Lebens brauchen. Sie müssen befähigt werden, ihr privates, berufliches Leben eigenverantwortlich gestalten zu können und am gesellschaftlichen, kulturellen und politischen Leben kompetent teilhaben zu können. Diese Aufgabe hat sie gegenüber allen Kindern und Jugendlichen, auch die, deren Eltern dies weniger tun oder können. Deswegen steht in erster Linie die Frage an, wie die schwachen in ihren Leistungen angehoben werden können, ohne dass die leistungsstärkeren an Niveau verlieren. Mehr Chancengleichheit ist nicht gleichzusetzen mit Gleichheit im Ergebnis. Aber auch diese ist nicht zwangsläufig mit Niveauabsenkung verbunden, sie kann auch auf höherem Niveau erreicht werden.

Das Grundverständnis von dem, was Bildung ausmacht, prägt die Auswahl von Lerngegenständen und hat eine eigene Wirkung neben den Vorgaben von Rahmenplänen. Und diese kann in hohem Maße sozial selektiv wirken, ein Aspekt, der in der Bildungsdebatte häufig zu kurz kommt. »Die Misere des deutschen Bildungssystems hat ihren Ursprung in einer fatalen Asymmetrie: Wir überfrachten den Bildungsbegriff und unterschätzen die Erziehungswirklichkeit.« (Wolf Lepenies in: Die Bildung der Zukunft, Kilius, Nelson, Kluge Jürgen u.a., FfM 2003, S. 15)

Der Bildungsbegriff in vielen Debatten um Allgemeinbildung begründet sich in einer emphatisch als Kulturnation aufgeladenen Definition. Damit geht offensichtlich einher, dass die Wirklichkeit an den Schulen und davon, was Jugendliche lernen können, ausgeblendet wird. PISA 2000 weist zum Beispiel darauf hin, dass die LehrplanexpertInnen völlig falsche Erwartungen von den Lernmöglichkeiten der Kinder und Jugendlichen haben. (PISA 2000, S.100ff)

Die Aufladung des Bildungsbegriffs in der deutschen Debatte hat sehr viel mehr mit dem Bedürfnis nach Differenz und Abgrenzung zu tun als mit Integration. Sie knüpft nahtlos an die Tradition eines Bildungsbürgertums des 19. Jahrhunderts an, das Bildung ausschließlich als zweckfrei und fern jeden Nützlichkeitsstrebens definiert. Bildung wird ausdrücklich als Abgrenzung zur ökonomischen Massenproduktion reklamiert. Damit ist auch der Anspruch, alle Menschen an dieser Bildung teilhaben zu lassen und sich darum zu mühen, suspendiert.

Die OECD demgegenüber und damit auch die PISA-Tests gehen von einem Kompetenzansatz aus, in dem definiert wird, über welche Kompetenzen 15 jährige in den Bereichen Textverständnis, Mathematik und Naturwissenschaften verfügen sollten. Wer aber nach Kompetenzen fragt und nach der Fähigkeit, in der Welt zurecht zu kommen, macht sich immer schon ökonomischen Nützlichkeitsdenkens schuldig.

Das angelsächsische Curriculum wie auch zum Beispiel das schwedische ist demgegenüber realistischer und pragmatischer und an der erfahrbaren Lebenswelt der Jugendlichen orientiert. Die Gegenstände haben einen größeren Anwendungsbezug und in der Schule kann man durchaus mit nicht kognitiven Fähigkeiten auch noch Erfolge haben. Ein pragmatischer Kompetenzbegriff, wie er angelsächsischen und skandinavischen Rahmenplänen zugrunde liegt, auch mittlerweile von der Kultusministerkonferenz als Vorgabe verabschiedet, ist hier förderlicher.

Die OECD arbeitet mit einer Definition von Kompetenzen, in dem nicht nur die Fähigkeit zählt, selbstständig Wissen zu erwerben und handlungsfähig zu werden, sondern auch die Fähigkeit, in heterogenen Gruppen zu arbeiten. Auch aus diesem Grunde hat die Schule die Aufgabe, der Entwicklung personaler und sozialer Kompetenzen einen größeren Stellenwert beizumessen. Bildung ist ein sehr persönlicher Prozess der Aneignung von Welt, es ist aber auch ein sozialer Prozess, der in Auseinandersetzung mit anderen erfolgt.

Der Kompetenzansatz geht nicht davon aus, dass Kompetenzen ohne Gegenstände erworben werden, sie müssen sich aber dadurch legitimieren, dass sie geeignet sind, von Lernenden verarbeitet werden zu können. Im Mittelpunkt steht die Person der Lernenden und deren Lernmotivation. Die Konzeption eines Kanons denkt dagegen vom Gegenstand her, der aus sich heraus Bindung stiften und motivieren soll.

Der mangelnde Bezug zur Lebenswirklichkeit von Kindern und Jugendlichen, insbesondere auch der benachteiligten, könnte ein zentrales Problem unserer Schulen sein und mit dafür verantwortlich sein, dass ein großer Teil vor allem von Jugendlichen aus der Unterschicht kein Verhältnis zu den Inhalten entwickeln und damit auch keinen Erfolg in der Schule erreichen.

Der Artikel soll die Diskussion zum Thema »Bildungsinhalte und Kompetenzen – was braucht unsere Jugend heute und was soll sie lernen ?« eröffnen.

»Man hat sortiert statt integriert«

Die überfällige Schulreform in Berlin und der nötige Ruck in Sachen Einwanderungsgesellschaft

Das Gespräch führte Alke Wirth, taz-Redakteurin

Das Berliner Parlament hat die Schulreform beschlossen. Künftig soll die Sekundarschule schwachen und starken Schülern gerecht werden. Das ist dringend nötig, sagt die Lehrerin Evelin Lubig-Fohsel.

Gute Mischung: Rütli-SchülerInnen singen gemeinsam mit der Gruppe »Young Americans«. FOTO: NICO SCHMIDT

taz: Frau Lubig-Fohsel, Schulen müssen immer wieder als Beispiel für das angebliche Scheitern der Integration dienen. Wie kommt das bei Ihnen als Lehrerin an?

Evelin Lubig-Fohsel: Das ist fatal, denn es ist eine kurzschlüssige und auf pauschalen Urteilen gründende Argumentation. Sie ist heute wieder aktuell, hat aber eine lange Tradition, die das ganze bildungspolitische Dilemma, in dem wir heute stecken, dokumentiert.

Inwiefern?

Ich bin seit 40 Jahren Lehrerin, war 1969 im Wedding tätig und habe die Anfänge vor allem türkischer Arbeitsmigration miterlebt. Es war schon damals so, dass die Deutschen die Viertel, in denen die Zuwanderer – oft in eigentlich zum Abriss vorgesehenen Häusern – einquartiert wurden, verlassen haben und woandershin gezogen sind. In die leer werdenden Wohnungen zogen dann wieder Migranten ein. Segregation war eine klare Tendenz. Man hat sie schlicht nicht zur Kenntnis genommen, solange es keine Probleme mit Schulvergleichsstudien oder schulischer Gewalt gab.

Und heute erleben wir die Folgen davon?

Es wurden nicht genug wirkungsvolle Konzepte des Umgangs von Schulen mit Einwanderung entwickelt. Was haben wir denn damals mit den Zuwandererkindern gemacht? Es gab kein Konzept von Integration: Gastarbeiter war der Terminus – und der wirkt heute noch nach. Statt zu überlegen, wie mit der neuen Schülermischung umzugehen sei, wurden Schubladen aufgemacht: Eine hieß Ausländerregelklasse, da wurden die zugewanderten Kinder hineingesteckt. Die nächste hieß Förderklasse, das war für Spätaussiedlerkinder. Für die Älteren gab es die Eingliederungsklassen an den Oberschulen – man hat sortiert statt integriert. Und die Kinder von damals sind die Eltern der Kinder von heute. Das ist vergessen worden. Aber woher soll da Bildungsorientierung, ein positives Verhältnis zu Schule, eine eigene Erfolgserfahrung mit Schule kommen?

Seither hat sich an den Schulen aber doch einiges verändert.

Seit einigen Jahren heißt es zwar, wir seien ein Einwanderungsland. Dass das aber gerade im Bereich Bildung besonderer Weichenstellungen bedarf, ist immer noch kaum Thema. Stattdessen werden die Einwanderer selbst für ihr schulisches Scheitern verantwortlich gemacht, indem man sie als kulturell oder religiös nicht kompatibel, als beratungs- oder bildungsresistent stigmatisiert. Stammtischparolen zu bedienen ist eben einfacher als Aufarbeitung schwieriger Zusammenhänge. Je mehr kulturelle Differenz, also der sogenannte Migrationshintergrund, als Argument betont wird, umso mehr wird die sozioökonomische Lage, die Schichtzugehörigkeit ausgeblendet. Sonst würden die gleichen schulischen Probleme von deutschen Kindern derselben Schicht sichtbar werden, und man könnte sich nicht mehr einreden, dass die Schulprobleme der Migranten selbst verschuldet sind.

Eine durchaus auch unter LehrerInnen verbreitete Ansicht.

Leider ja. Wenn manche KollegInnen heute noch von ausländischen Kindern sprechen, zeigt das, dass sie diese offenbar immer noch nicht als angekommen wahrnehmen. Auch in vielen LehrerInnenköpfen herrscht noch das Grundverständnis: Die gehen wieder zurück. Oder auch: Es dauert zwei, drei Generationen, dann sind sie assimiliert, und so lange sind sie für ihren Bildungserfolg

selbst verantwortlich. Man hat noch nicht genug zur Kenntnis genommen, dass wir eine Einwanderungsgesellschaft sind, dass Heterogenität in Schulen normal wird und dass man mit ihr arbeiten muss.

Wie kann das sein – nach 40 Jahren Einwanderung?

Das ist eine Frage, die ich mir auch immer wieder stelle, und es wäre ein interessantes Forschungsthema! Doch leider stehen Lehrer selten im Fokus bildungspolitischen Interesses. Da geht es immer nur um Stundenzahl, Unterrichtsverpflichtungen oder neue Reformen. Aber dazu, was Einwanderungsgesellschaft für Lehrer bedeutet, gibt es kaum Untersuchungen. Ich denke, der Umgang mit Heterogenität ist etwas, was weder an der Uni noch in der Weiterbildung für Lehrer genug behandelt wird. Wie frustriert, teils sogar aggressiv manche KollegInnen, die oft jahrelang ohne Unterstützung in diesen Bereichen gearbeitet haben, sind, nehme ich auch in meinen Fortbildungsveranstaltungen wahr. Statt die Wut aber an die richtigen Adressaten etwa in der Bildungspolitik zu richten, wird sie auf die Schüler und Schülerinnen projiziert.

Wie kommt es zu dieser Wut?

Wenn man feststellt, dass man sein Berufsziel nicht erreicht hat, dass man unglaubliche Schwierigkeiten hat, die eigenen Ansprüche zu realisieren, dann entsteht Wut. Das merke ich auch an mir selbst.

Glauben Sie, dass die Schulreform Abhilfe schafft?

Die Sekundarschulen sind ein absolut richtiger Weg, um endlich auch nach Lösungen zu suchen. Das finde ich gut. Die Reform trifft aber auf überalterte Kollegien, auf KollegInnen, die resigniert oder überfordert sind. Das wird es schwer machen, das alles umzusetzen.

Das klingt aus Ihrem Munde überraschend: Sie sind als Lehrerin auf Altersteilzeit kurz vor der Verrentung gerade wieder fast voll in den Beruf eingestiegen!

Mir hat Schule immer Spaß gemacht – ich war auch nie mit voller Stundenzahl da. Ich habe aber immer mit Sorge auf die KollegInnen geschaut, die bei voller Stundenzahl all das stemmen mussten, was in den letzten Jahren an Herausforderung und Reformen auf sie zugekommen ist. Und mit dem Umbau von Schule allein ist es ja auch nicht getan.

Was muss noch passieren?

Es muss ein Ruck durch die ganze Gesellschaft gehen … Im Ernst: Wir brauchen einen Ruck in Sachen Einwanderungsgesellschaft. Wir haben überhaupt noch nicht kapiert, was das bedeutet: nicht nur Ringelpiez mit Anfassen! Wir müssen uns den Problemen stellen, die gehören dazu. Es ist falsch, jetzt mit der pauschalen Aussage, Integration sei gescheitert, alles vom Tisch zu wischen. Wir haben ja noch gar nicht richtig angefangen!

Das Interview mit Evelin Lubig-Fohsel ist zuerst in der taz am 14. Januar 2010 erschienen. Lubig-Fohsel ist Ethnologin und Lehrerin an der Aziz-Nesin-Grundschule in Berlin-Kreuzberg. In der Januar-Ausgabe der blz haben wir ihren Artikel »Schule in der Einwanderungsgesellschaft« veröffentlicht.

ANZEIGE

blz LeserInnenreisen 2010:

NEU

Istanbul Ein Märchen aus 1001 Nacht

13.03. - 20.03.2010 (Durchführungsgarantie!)
16.10. - 23.10.2010 (Herbstferien in Berlin!)

Im Reisepreis eingeschlossene Leistungen: Charterflug von Berlin/Tegel nach Istanbul und zurück in der Economy Class, Transfers und Ausflüge gemäß Programm im klimatisierten, modernen Reisebus, 7 Übernachtungen in **** bis ***** Hotels, Koffer- und Trinkgelder in Hotels, 7 x Halbpension (Frühstück und Abendessen); 6 Mittagessen, qualifizierte, deutschsprachige Reiseleitung und vieles mehr!

Südengland Parks und Gärten

13.05. - 16.05.2010 (Himmelfahrt!)

Im Reisepreis eingeschlossene Leistungen: Fahrt im Schlafsesselreisebus mit Klimaanlage und WC ab Berlin, Schiffspassagen, 3 Übernachtungen im ***+ Hotel, 3 x Halbpension, Reiseleitung am 2. und 3. Tag, Eintrittsgebühren und vieles mehr!

Weitere Reiseinformationen anfordern: GEWIVA • blz@gew-berlin.de oder Tel. 21 99 93 46

Veranstalter dieser Reisen ist ts|medialog GmbH, Travelservice für Verlage und Gruppen Bielefeld.
Der Verlag der blz, GEWIVA-GmbH, tritt lediglich als Vermittler auf.

Lange Tarifnächte

Die Nachteile beim Ergebnis sind zwar nicht unerheblich, es überwiegen jedoch die Vorteile.

FOTO: TRANSIT/PULENTZ

von Rose-Marie Seggelke, Vorsitzende der GEW BERLIN

KLEINES TARIFLEXIKON

L-EGO
Der alte BAT kannte bei Berufseinstieg eine Bezahlung nach Lebensalter, was für Lehrkräfte mit langer Ausbildungszeit natürlich günstige Auswirkungen hatte. Der TV-L hat diesen Grundsatz nicht übernehmen können, weil dies dem Diskriminierungsverbot wegen Alters widerspricht. Folglich müssen Neueingestellte im Vergleich zum BAT erhebliche Gehaltseinbußen hinnehmen. Die GEW verlangt deshalb für Lehrkräfte eine wesentlich höhere Eingruppierung. Die Verhandlungen über die Eingruppierung der Lehrkräfte (L-EGO) in die Entgelttabelle des TV-L laufen.

Ostangleichung
Bei Einführung des TV-L betrug die Entgelttabelle für Beschäftigte im Osten nur 92,5 Prozent der Westtabelle. Am 1. Januar 2008 wurden die Beschäftigten der Entgeltgruppen 1 bis 8, am 1. Januar 2010 die der übrigen Entgeltgruppen auf 100 Prozent angehoben. Weil Berlin nicht Mitglied der TdL ist, wurde die Angleichung hier nicht vorgenommen.
NEU: Das Eckpunktepapier enthält einen Stufenplan zur Angleichung an die Westtabelle. Der erste Schritt soll sein, dass zum August 2011 die Gehälter auf 97 Prozent der Tabellenwerte angehoben werden.

Solidarpakt/Anwendungs-Tarifvertrag
Der Anw-TV wurde 2003 abgeschlossen und galt bis zum 31.12.2009. Sein Kernstück war die parallele Absenkung von Arbeitszeit und Gehalt (um 8, 10 oder

Die Verhandlungen für ein neues Tarifrecht im öffentlichen Dienst von Berlin schienen in den frühen Morgenstunden des 21. Januar endgültig gescheitert zu sein. Zwar signalisierte der Innensenator erfreulicherweise, dass Berlin in die Tarifgemeinschaft deutscher Länder zurückkehren und auch die dort ausgehandelten Tarifabschlüsse eins zu eins übernehmen wolle, aber das dürftige Angebot, die Gehälter zum Oktober 2010 um magere 1,2 Prozent auf 95,1 Prozent zu erhöhen und ab 2012 in 0,5 Prozent-Schritten an das Niveau der anderen Bundesländer anzugleichen war aus Sicht der Gewerkschaften unzureichend.

Es hätte bis zum Jahr 2020 dauern können, bis in Berlin genauso viel gezahlt wird wie in Niedersachsen oder Brandenburg. Für die GEW BERLIN war auch nicht akzeptabel, dass für den Sozial- und Erziehungsdienst zwei unterschiedliche Tarifverträge angewendet werden sollten, der TvöD für die Eigenbetriebe, der TVL für die Schulen. So wurden in dieser Nacht die Verhandlungen ergebnislos abgebrochen. Körting kündigte an, jetzt nur noch über Gehaltssteigerungen, nicht aber über eine Rückkehr in den Flächentarifvertrag und eine Angleichung an das Niveau anderer Länder verhandeln zu wollen. Berlin schien als einziges Bundesland auf Jahre mit dem toten BAT weiter zu dümpeln. Die GEW begann mit den Vorbereitungen eines Warnstreiks am 9. Februar.

Im Rahmen der Bezirkskonferenz des DGB Berlin-Brandenburg am 29. Januar verkündete der Regierende Bürgermeister von Berlin, dass er sich in die Tarifverhandlungen einschalten und die Gewerkschaften für den 8. Februar zu einer Verhandlung einladen werde, an der für ver.di erstmals auch die Landeschefin Susanne Stumpenhusen teilnehmen werde. Als die Einladung schriftlich vorlag, setzten wir den Warnstreik aus. Es machte aus Sicht der GEW keinen Sinn, am Tag nach einer Verhandlung Druck für ein gutes Ergebnis zu entfalten.

Am 8. Februar tummelte sich in der Klosterstraße ein Riesenaufgebot von Presse, Funk und Fernsehen. Alle hofften auf ein Ergebnis zur besten Sendezeit. Doch daraus wurde nichts. In stundenlangen zähen Verhandlungen – fast immer in kleiner Besetzung (je zwei von ver.di, GdP und GEW und einer von der IG BAU mit Wowereit und den Senatoren Körting, Wolf und Nußbaum) – kamen wir nur mühsam voran und waren sehr beruhigt, dass wir jeden kleinen Verhandlungsschritt sofort mit unserer zuverlässigen Tarifkommission rückkoppeln konnten. Deren Mitglieder haben sich in nicht gerade kuscheliger Umgebung zwei lange Nächte um die Ohren schlagen müssen und hielten bis zum bitteren Ende fast vollzählig durch. Danke an euch, das war großartig.

Kurz vor vier Uhr morgens stand das letzte Angebot des Senats auf dem Papier: Rückkehr in die TdL zum 31. Dezember 2011, TVL für alle Berliner Beschäftigten, Übernahme aller Tarifabschlüsse – zum Teil zeitverzögert – ab 2011, Anhebung der Gehälter um rund 3,1 Prozent auf ein Niveau von 97 Prozent ab August 2011, einheitliche Arbeitszeit in Ost und West von zunächst 39 Wochenstunden ab 2011, Umwandlung von Urlaubs- und Weihnachtsgeld in die Sonderzahlung nach TVL ab 2011,

der 31. Dezember 2017 als zugesagtes Enddatum für die Angleichung an das Gehaltsniveau der anderen Bundesländer und ab 2013 garantierte jährliche Gehaltsteigerungen von mindestens 2 Prozent unabhängig vom Tarifverhandlungsergebnis der TdL. Die Berliner Beschäftigten erhalten also selbst bei einer Nullrunde 2 Prozent mehr Geld. Sollte es zwei Nullrunden nacheinander geben – was wir selbstverständlich nicht hoffen – , wäre der Rückstand zu den anderen Bundesländern bereits 2014 aufgeholt.

Dieser Verhandlungsstand wird den Mitgliedern der Einzelgewerkschaften im Rahmen einer Befragung zur Zustimmung vorgelegt. Die Tarifkommission hat bereits Zustimmung empfohlen, weil mehr in den Verhandlungen nicht zu erreichen war und wesentliche Ziele der GEW BERLIN erfüllt worden sind:

- Es gibt ein einheitliches Tarifrecht für alle Beschäftigten.
- Es gibt einen verlässlichen Stufenplan mit einem festgelegten Enddatum für die Angleichung des Gehaltsniveaus auf das der anderen Bundesländer.
- Es gibt 2011 mit 3,1 Prozent einen großen Schritt in Richtung 100 Prozent.
- Im ehemaligen Ostteil der Stadt gilt ab 2011 derselbe Kündigungsschutz wie im Westen.
- Die garantierten Gehaltssteigerungen von mindestens 2 Prozent sind bei den künftig zu erwartenden bescheidenen Abschlüssen auf Länderebene von Vorteil, weil eventuelle Kompensationsmaßnahmen (Altersteilzeit, Arbeitszeitverkürzungen) zusätzlich übernommen werden.

Die Nachteile sind zwar nicht unerheblich, aber nach Ansicht der Tarifkommission überwiegen die Vorteile. Schlecht ist natürlich, dass es 2010 noch keine Gehaltsanhebung gibt. Besser wäre es auch, wenn die Angleichung ein Jahr früher, nämlich schon 2012 beginnen würde. Und schwer zu verdauen ist besonders für die ErzieherInnen im Westteil die Anhebung der Arbeitszeit auf 39 Stunden.

Wir sind zuversichtlich, dass sich auf der Basis dieser Eckpunkte ein Tarifvertrag entwickeln lässt, der von den Beschäftigten akzeptiert wird. Der Berliner Sonderweg hat hoffentlich bald ein Ende. Jetzt müssen nur noch die Mitglieder zustimmen. Wenn diese blz erscheint, ist das Ergebnis bereits bekannt.

12 Prozent, je nach Eingruppierung) bis zum 31.12.2009. Im Gegenzug bekamen die Berliner Angestellten eine Arbeitsplatzgarantie bis 2010. Die Gewerkschaften hatten den Anw-TV zum 31.03.2010 gekündigt; der Senat hatte zunächst eine Verlängerung angestrebt.

TdL
Tarifgemeinschaft deutscher Länder. In der TdL sind alle Bundesländer vertreten außer Berlin und Hessen.
NEU: Das Eckpunktepapier enthält die Zusage, dass das Land Berlin bis zum 31. Dezember 2011 den Wiedereintritt in die TdL beantragen wird.

TV-L
Tarifvertrag der Länder. Mit dem TV-L wurde - analog zum TVöD - die Vereinheitlichung des Tarifwerks für Arbeiter und Angestellte sowie die Abkehr von der lebensalters- und familienbezogenen Bezahlung vollzogen. Der TV-L enthält 15 Entgeltgruppen und in jeder Entgeltgruppe fünf bzw. sechs Entwicklungsstufen, die sich nach der Berufserfahrung richten. Familienbezogene Entgeltbestandteile wie der Verheiratetenzuschlag sowie die Kinderzuschläge im Ortszuschlag und der Erhöhungsbetrag im Weihnachtsgeld, sind (mit Ausnahme von Besitzstandsregelungen) weggefallen. Anstelle von Weihnachts- und Urlaubsgeld gibt es jetzt eine Jahressonderzahlung.
NEU: Das Eckpunktepapier legt für Berlin ein einheitliches Tarifwerk, nämlich den TV-L zugrunde. Das ist nichts Neues, auch zu Zeiten des alten BAT galt in Berlin für alle Angestellte derselbe Tarifvertrag, es wurde also nicht unterschieden zwischen Landes- und Kommunalbediensteten (Bezirksangestellten).

TVöD
Tarifvertrag öffentlicher Dienst. Er gilt für die Angestellten des Bundes und der Kommunen, aber nicht für Angestellte von Bundesländern wie Hamburg oder Berlin. Wie beim TV-L wurde das Tarifwerk für Arbeiter und Angestellte vereinheitlicht.

Überleitung
Die neuen Tarifwerken sollten für bereits Beschäftigte keine Lohn- oder Gehaltsverluste bringen. Deshalb gibt es sowohl für den TvöD als auch für den TV-L Überleitungs-Tarifverträge, die die bereits erworbenen Ansprüche absichern.

Wochenarbeitszeiten in den Ländern
Zum Stichtag 1. Februar 2006 wurde für jedes Bundesland (ohne Berlin und Hessen) die tatsächliche Arbeitszeit ermittelt. Diese stellt den Durchschnitt der Arbeitszeiten aller Vollzeit-Tarifbeschäftigten (ohne Lehrkräfte) eines Bundeslandes dar.

BUNDESLAND	WOCHENARBEITSZEIT
Baden-Württemberg	39 Std. 30 Min.
Bayern	40 Std. 6 Min.
Brandenburg	40 Std.
Bremen	39 Std. 12 Min.
Hamburg	39 Std.
Mecklenburg-Vorpommern	40 Std.
Niedersachsen	39 Std. 48 Min.
Nordrhein-Westfalen	39 Std. 50 Min
Rheinland-Pfalz	39 Std.
Saarland	39 Std. 30 Min.
Sachsen	40 Std.
Sachsen-Anhalt	40 Std.
Schleswig-Holstein	38 Std. 42 Min.
Thüringen	40 Std.

NEU: Das Eckpunktepapier schreibt eine einheitliche Arbeitszeit von 39 Stunden für Berlin-West (bisher 38 Std. 30Min.) und Berlin-Ost (bisher 40 Stunden) ab dem 1. August 2011 fest. Wenn 100 Prozent des Länderentgeltes erreicht sind, soll in Berlin die Durchschnittsarbeitszeit des TV-L (Westländer) gelten.

Viele Fragen bleiben offen

Die Fachgruppe Hauptschulen traf sich zum letzten Mal

von Norbert Gundacker, stellvertretender Vorsitzender der GEW BERLIN

Am 19. Januar trafen sich KollegInnen aus verschiedenen Hauptschulen ein letztes Mal im Rahmen einer Mitgliederversammlung der Fachgruppe. Einziger Tagesordnungspunkt war die anstehende Umsetzung der Schulstrukturreform. Viele sind verunsichert, die Stimmung ist schlecht, viele Fragen bleiben offen. Wird es zu Umsetzungen kommen? Werden Eltern ihre Kinder an einem bisherigen Hauptschulstandort anmelden? Welche ersten Erfahrungen mit der Kooperation von Schulleitungen und Kollegien gibt es an jenen Schulen, die fusionieren werden? Wir haben Haupt- und Realschulen in den Bezirken, die klein sind. Werden künftige Integrierte Sekundarschulen angesichts der geforderten Vierzügigkeit mangels ausreichender Anmeldungen in wenigen Jahren schließen müssen? Andere werden bei einer Fusion groß, sie werden sich verkleinern müssen. Bei diesen Veränderungen liegt es auf der Hand, dass es zu Umsetzungen von KollegInnen kommen kann. Wie sollen sie sich einbringen, wenn nicht sicher ist, ob sie an der Schule, an der sie planen die Reform zu stemmen, tatsächlich bleiben werden?

Manche erfolgreichen Projekte an den Schulen hängen vom Einsatz und der Erfahrung bestimmter Menschen ab. Wie sollen solche Projekte an den entstehenden Sekundarschulen institutionalisiert werden, wenn nicht klar ist, ob diese KollegInnen bleiben können?

Um keine Missverständnisse aufkommen zu lassen: Die noch bestehende Fachgruppe Hauptschulen begrüßt und unterstützt die Ziele des Berliner Senats, die Qualität der Schulbildung zu steigern, an Ganztagsschulen die individuelle Förderung und Chancengleichheit der SchülerInnen zu verbessern. Es geht in die richtige Richtung – auch wenn die KollegInnen sich mehr gewünscht hätten. Sie wollen verbesserte Chancen gerade für die Jugendlichen an den bisherigen Hauptschulen und sind bereit, für diese Schulreform einzutreten. Sie können aber unter den bekannten Arbeitsbedingungen das jetzige Pensum kaum schaffen, geschweige denn die anstehenden Veränderungen bewältigen. Senator Zöllner versprach den Schulen Unterstützung bei der Umsetzung der Schulstrukturreform. Die Fachgruppe fordert konkrete Taten der Schulverwaltung.

ANZEIGE

Debeka Krankenversicherungsverein a. G.

Die Debeka hat die zufriedensten Kunden

... und das bereits seit Jahren in Folge!

erfahren. sicher. günstig.

Größte Selbsthilfeeinrichtung des öffentlichen Dienstes auf dem Gebiet der Krankenversicherung

Landesgeschäftsstelle Berlin
Dominicusstraße 14
10823 Berlin
Telefon (0 30) 78 80 60

www.debeka.de

Debeka

Neue Strukturen für die GEW

Der Landesvorstand schlägt Änderungen der Satzung vor

von Udo Jeschal und Holger Dehring, Geschäftsführender Landesvorstand

Der Landesvorstand (LV) hat sich auf den Weg gemacht, um in der GEW BERLIN neue Leitungsstrukturen zu ermöglichen. Auf der Landesdelegiertenversammlung (LDV) im April wird einer der Schwerpunkte die Diskussion über weitreichende Änderungen der Satzung der GEW BERLIN sein. Bisher sieht unsere Satzung sehr wie die eines Schrebergarten-Vereins aus. Es gibt auf allen Ebenen Vorsitzende, SchatzmeisterInnen, StellvertreterInnen, BeisitzerInnen. Dem Wunsch vieler, vor allem jüngerer KollegInnen, die Funktionen als Team zu übernehmen, standen bisher satzungsrechtliche Hindernisse im Wege. Der Landesvorstand hat nun beschlossen, auf allen Ebenen der Gewerkschaft auch Team-Leitungen zu ermöglichen.

Neue Struktur der Gremien

Anfangen soll dies an der Spitze des Landesverbandes beim Geschäftsführenden Landesvorstand (GLV). Bisher gibt es die oder den VorsitzendeN und drei gleichberechtigte StellvertreterInnen. Künftig sollen es drei gleichberechtigte Vorsitzende sein, innerhalb dieses Teams müssen Frauen wie Männer vertreten sein. Der Landesverband Bremen macht seit Jahren vor, dass ein solches Modell funktionieren kann, auch wenn die Öffentlichkeit zunächst immer auf die »Chefin« oder den »Chef« fixiert zu sein scheint. Diese drei Vorsitzenden sollen die gleichen Arbeitsbedingungen haben, also gleiche Freistellung und gleiche hauptamtliche Unterstützung in der Geschäftsstelle, damit die Gleichberechtigung nicht nur auf dem Papier steht.

Die übrigen GLV-Mitglieder (mit Ausnahme der GeschäftsführerIn) sollen ihre Aufgabe zukünftig auch als Zweierteam erfüllen können. Damit dies nicht zu einer Verdoppelung der Personenzahl des GLV (jeweils zwei gleichberechtigte Leiter) führt, schlägt der LV vor, die Zahl der Referate zu verkleinern, indem sechs »Vorstandsbereiche« gebildet werden, die mehrere Referate zusammenfassen. Diese sollen sein: Finanzen / Tarif- und Beamtenpolitik / Schule / Kinder-, Jugendhilfe und Sozialarbeit / Wissenschaft und Lehrerbildung / Öffentlichkeitsarbeit.

Die Größe des GLV ist dann davon abhängig, wie viele dieser Vorstandsbereiche von Zweierteams geleitet werden, sie schwankt zwischen 9 und 16 Mitgliedern. Jetzt sind im GLV 15 Funktionen zu besetzen.

Auch in den Leitungen der Bezirke, der Abteilungen, Fachgruppen und Ausschüsse sollen Teammodelle möglich gemacht werden. Hier können die Mitglieder künftig ein Leitungsteam unterschiedlicher Größe wählen, das dann die Aufgaben einschließlich der Vertretung in den Gremien eigenständig aufteilen kann. Wir wollen damit die Hemmschwelle insbesondere für jüngere KollegInnen, Funktionen in der Gewerkschaft zu übernehmen, deutlich senken.

Änderung der Satzung ist kein Allheilmittel

Die Änderung der Satzung allein ändert natürlich nichts an dem Problem, dass in den kommenden Jahren sehr viele langjährige Funktionsträger der GEW BERLIN auf allen Ebenen aus dem aktiven Berufsleben ausscheiden und es bisher nur vergleichsweise wenig Nachwuchs gibt. Da es in den letzten Jahren deutliche Signale gab, dass unsere Satzung mit ihren klaren Hierarchien auf jüngere Mitglieder eher abschreckend als einladend für die Übernahme von Verantwortung wirkt, wollen wir zumindest dieses mögliche Hindernis für die Übernahme von GEW-Funktionen beiseite räumen. Der Generationswechsel ist auch so noch ein schwieriges Feld.

Der vollständige Antrag auf Änderung der Satzung kann hier heruntergeladen werden: www.gew-berlin.de

GEW ZEUGNIS PROGRAMM

Hiermit bestelle ich das GEW-Zeugnisprogramm:

Name

Vorname

Straße / Hausnummer

PLZ, Ort

E-Mail

☐ GEW-Mitglied:

Mitgliedsnummer

☐ CD-Version

☐ Online-Version

☐ ausgedrucktes Handbuch (+ 7,–)

Schulart

Wie soll das Zeugnis unterschrieben werden (Blockschrift, z. B. »E.Muster«, »Erika Muster« oder »Muster«...)?

Den Betrag von Euro _____ habe ich auf das Konto der GEWIVA, Konto-Nr. 15 42 92 95 00, bei der SEB-Bank Berlin, BLZ: 100 101 11, überwiesen.

Ort/Datum

Unterschrift

Nicht jede körperliche Berührung ist ein Straftatbestand

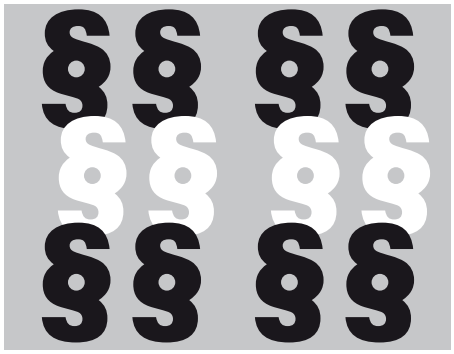
Berliner Landgericht bremst die Staatsanwaltschaft aus

von Matthias Böhm, Rechtsanwalt

Der Amtsrichter wurde gegenüber der Staatsanwaltschaft sehr deutlich, nachdem er die Anklageschrift und die Akte gelesen hatte. Warum wird eine Lehrerin »vor den Kadi« gezogen und der Strafverfolgung ausgesetzt, obwohl aus den Akten ersichtlich war, dass das Bemühen der Lehrerin darin bestand, den Schülern einen möglichst störungsfreien Unterricht zu gewährleisten? Wie kann es angehen, dass ein elfjähriger Schüler sich schlichtweg weigert, trotz mehrmaliger Aufforderung seiner Lehrerin, den Unterrichtsraum zu verlassen?

Der Sachverhalt

Nachdem ein elfjähriger Schüler trotz Ermahnung den Unterricht weiter störte, forderte ihn die Lehrerin auf, die Klasse zu verlassen. Als der Schüler dieser Aufforderung keine Folge leistete, packte sie ihn nach Angaben des Schülers derart heftig am rechten Oberarm, um ihn aus dem Klassenzimmer herauszugeleiten, dass der Schüler am Oberarm erhebliche Schmerzen und ein Hämatom erlitt (etwa 2 cm Durchmesser), was sie bei ihrer Handlungsweise zumindest billigend in Kauf genommen habe, so die Staatsanwaltschaft in ihrer Anklageschrift und sah darin eine strafbare Körperverletzung. Das Amtsgericht beurteilte dies anders und ließ die Anklage aus Rechtsgründen ohne zur Sache zu verhandeln nicht zu. Ein strafbares Verhalten sei nicht gegeben und das Verhalten sei unter anderem aufgrund des Berliner Schulgesetzes – §§ 62 und 63 – gerechtfertigt (Beschluss vom 23.10.2009, Aktenzeichen (367 Ds) 6 Ju Js 808/09 (151/09) Jug. Wörtlich führt es darüber hinaus aus:



»Das in diesem Verfahren zutage getretene Verhalten des Schülers ... zeigt den erheblichen Autoritätsverlust auf, den heutzutage Lehrerinnen im Berliner Schulsystem zu erleiden haben. Wie kann es angehen, dass ein elfjähriger Schüler sich schlichtweg weigert, trotz mehrmaliger Aufforderung seiner Lehrerin, den Unterrichtsraum zu verlassen? Warum gelingt es den Erziehungsberechtigten nicht, ihren Sohn dahingehend zu erziehen, dass er sich im Unterricht ruhig verhalten soll und, wenn er sich schon nicht ruhig verhält, zumindest den Anweisungen der Lehrer Folge leistet? Warum wird in einer solchen Situation letztendlich die Lehrerin ›vor den Kadi‹ gezogen und der Strafverfolgung ausgesetzt, obwohl das nach Aktenlage ersichtliche Bemühen der Lehrerin darin bestand, den Schülern einen möglichst störungsfreien Unterricht zu gewährleisten und ihnen entsprechend das nötige Fachwissen zu vermitteln? Nach Ansicht des Gerichts ist dieser Fall ein Paradebeispiel dafür, warum der Beruf des Lehrers in Berlin immer unattraktiver wird und die Bereitschaft der bildungsorientierten Eltern steigt, ihre Kinder lieber auf Privatschule in dann störungsfreieren Unterricht lernen zu lassen.« Die Staatsanwaltschaft ließ dies nicht auf sich beruhen und veranlasste, dass die Angelegenheit dem übergeordneten Landgericht vorgelegt wurde. Auch dieses sah im Verhalten der Lehrerin kein strafbares Verhalten. Es stützte sich dabei auf zwei Argumentationsstränge: Zum einen wäre, selbst wenn der Schüler am Oberarm angefasst worden sein sollte und hierdurch Schmerzen auftraten und ein blauer Fleck entstand, dies nicht so erheblich, dass der Straftatbestand der Körperverletzung erfüllt sei. Zum anderen hält es ebenfalls das Verhalten der Lehrerin für gerechtfertigt, allerdings nicht unbedingt nach dem Berliner Schulgesetz, das in dieser Hinsicht lückenhaft sei.

Die Körperverletzung

Wegen der Erheblichkeit verweist das Landgericht eigentlich auf eine Selbstverständlichkeit, die jedoch in manchen Fällen im Justizalltag unterzugehen droht: Nicht mit jedem körperlichen Übergriff ist der Straftatbestand der Körperverletzung erfüllt. Die Beeinträchtigung des körperlichen Wohlbefindens muss schon erheblich sein, die Rechtsprechung verwendet die Formulierung »nicht unerheblich«. Die Beurteilung der Erheblichkeit richtet sich nicht nach dem subjektiven Empfinden des Schülers, hebt das Gericht hervor, oder seiner Erziehungsberechtigten, sondern maßgebend ist die Sicht eines objektiven Betrachters, wobei auch die Dauer und die Intensität der störenden Beeinträchtigung eine Rolle spielen. Geringe Blutergüsse oder Ähnliches, wie beispielsweise auch ein schmerzhafter

Festhaltegriff, der zu einem blauen Fleck führt, liegen unterhalb der Bagatellgrenze. Diese Einschränkung wird manchmal von der Anklagebehörde – wie hier – nicht ausreichend gewürdigt, sodass sich dann Lehrerinnen und Lehrer dem Vorwurf eines strafbaren Verhaltens ausgesetzt sehen, das eigentlich gar keines ist. Ein Verdienst des Beschlusses des Landgerichts Berlin vom 18.12.2009, Aktenzeichen 518 Qs 60/09, (397 Ds) 6 Ju Js 808/09 (151/09) ist, diese Maßstäbe wieder zurechtgerückt zu haben, nachdem die Staatsanwaltschaft in ihrer Beschwerde dargelegt hatte, dass eine abschließende Erklärung dieser Frage erst im Rahmen der Hauptverhandlung erfolgen könne, die betroffene Lehrerin demnach auf der Anklagebank hätte Platz nehmen müssen, oftmals zur Genugtuung der Schüler. So berichten mir Mandanten aus dem Schulalltag, dass seit geraumer Zeit Schüler ihnen gegenüber offen mit einer Anzeige drohen, sollten sie angefasst werden und sich in manchen Fällen sogar bewusst untereinander verabreden, die Unwahrheit zu sagen. Naturgemäß ist dies schwer in gerichtsfeste Tatsachen zu gießen und die Jugendgerichte — es handelt sich bei diesen Angelegenheiten um Jugendschutzsachen — glauben oft den Darlegungen der Schüler — warum sollten Schüler Lehrer falsch belasten?

Durchsetzung der Ordnung

Auch die zweite Argumentationskette des Landgerichts ist rechtlich interessant: Wer als Lehrer eine Ordnungsmaßnahme durch Anfassen eines Schülers durchsetzt, nachdem dieser zuvor vergeblich verbal aufgefordert worden ist — hier ging es um die Entfernung eines Schülers aus dem Klassensaal nach dessen ungebührlichem Verhalten —, ist ebenfalls strafrechtlich nicht zu belangen, und zwar selbst dann, wenn diese Maßnahme die Erheblichkeitsschwelle überschritten hat. Es darf sich jedoch nicht um eine Strafe und damit um eine Sanktionsmaßnahme handeln, sondern um eine Maßnahme, die der Durchsetzung der Ordnung dient. Außerdem muss die Verhältnismäßigkeit gewahrt bleiben. Die anderslautende Argumentation der Staatsanwaltschaft hat das Gericht in dem hier genannten Beschluss zurückgewiesen. Es verweist darauf, dass im konkret entschiedenen Fall das Zufassen am Oberarm und das Hinausbringen aus dem Klassensaal alternativlos waren. Wörtlich führt das Gericht aus: »Das Zufassen war in dieser Situation alternativlos. Die Möglichkeit, in vergleichbaren Situationen immer sofort die Polizei oder andere Mitarbeiter der Schule herbeizurufen, zöge nicht nur — soweit das Amtsgericht zutreffend — einen nicht wieder gut zu machenden Autoritätsverlust der Lehrerin nach sich. Zwangsläufig entstünde der Eindruck, die Angeschuldigte könne sich nicht einmal einem elfjährigen Schüler gegenüber durchsetzen. Ihre Stellung als Autoritätsperson würde nachteilig untergraben. Die jeweiligen Schüler und Nachahmer hätten es zudem in der Hand, den Schulbetrieb immer wieder stillzulegen und nachhaltig zu stören.« Dem ist nichts hinzuzufügen.

Wohlfahrtsverband schließt Gefälligkeitstarifvertrag ab

von der Fachgruppe Kinder-, Jugendhilfe und Sozialarbeit

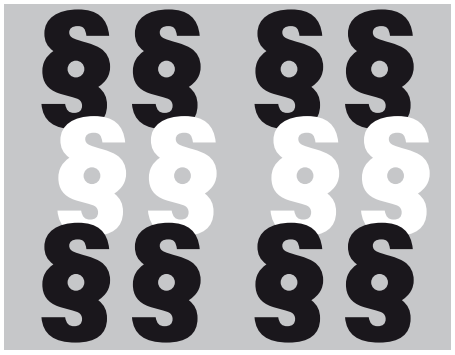
Der Paritätische Wohlfahrtsverband-Landesverband Berlin (Paritätische) hat mit der DHV-Die Berufsgewerkschaft e.V. (DHV), Mitglied im Christlichen Gewerkschaftsbund, einen Tarifvertrag abgeschlossen. Die DHV hat nach eigenen Angaben 80.000 Mitglieder im gesamten Bundesgebiet und ist im Bereich Handel, Industrie und Dienstleistungen tätig. Am 18. Mai des letzten Jahres schlug die GEW im Rahmen der Kampagne »Ich steh auf fair statt prekär« Thesen mit Forderungen an die Tür des Paritätischen. Eine Forderung war, dass es endlich vernünftige Tarifverträge bei den freien Trägern im sozialen Dienstleistungssektor geben solle.

Im Paritätischen sind die meisten freien Träger organisiert. Oswald Menninger, Geschäftsführer des Paritätischen unterstützte damals unsere Forderung nach tariflicher Entlohnung. In einer Presseerklärung des Paritätischen vom 18. Mai heißt es: »Tariferhöhungen für den öffentlichen Dienst sind auch für die 100.000 Beschäftigten der freien Wohlfahrtspflege in Berlin umzusetzen. Das Geld dafür muss in den Berliner Haushalt eingestellt und über die Vergütung an die freien Träger weiter gereicht werden. Dafür kämpft der Paritätische seit jeher mit Nachdruck.«

Dass die DGB-Gewerkschaften, unter anderem auch die GEW, mit ihren organisierten KollegInnen die Tariferhöhungen erkämpft haben, scheint Menninger nicht sonderlich zu interessieren. Er schließt lieber mit einer Christlichen Gewerkschaft Tarifverträge ab. Die Geschäftsführung des Paritätischen hat dafür gesorgt, dass immerhin 6 von 60 KollegInnen des Paritätischen Berlin in die DHV eingetreten sind. Diese Vorgehensweise legitimiert aus Sicht von Menninger, dass die DHV tariffähig ist. Der Betriebsrat des Paritätischen, der sich mit der Geschäftsführung in einem Einigungsstellenverfahren zum Entlohnungssystem befindet, sieht das anders. Er bezweifelt die Tariffähigkeit der DHV. Das Landesarbeitsgericht (LAG) hat die Vorklärung der Tariffähigkeit an die Einigungsstelle gegeben.

Der Tarifvertrag gilt nach dem Willen des Paritätischen und der DVH ab den 1. 11. 2009. Wie auch immer die Klärung der Tariffähigkeit ausgeht, ist festzustellen, dass der Paritätische nicht bereit ist, mit DGB-Gewerkschaften einen Tarifvertrag abzuschließen. Das ist ein fatales Signal an die Mitglieder des Paritätischen, auch sie könnten auf die Idee kommen, Tarifverträge mit der DHV abzuschließen. Dieser Entwicklung müssen sich richtige Gewerkschaften, wie auch die GEW entgegenstellen. Die Fachgruppe Kinder-, Jugendhilfe und Sozialarbeit der GEW wird Gefälligkeitstarifverträge nicht so einfach hinnehmen, da kann sich Geschäftsführer Menninger sicher sein.

Aktuelles zu diesem Thema ist unter www.gew-berlin.de/fair-statt-prekaer zu finden.



PRIVATE KITA MUSSTE SCHLIESSEN

Ist das Wohl der Kinder in einem Kindergarten gefährdet und der Träger der Einrichtung nicht bereit oder in der Lage, diese Gefährdung abzuwenden, muss die Einrichtung geschlossen werden. Mit dieser Begründung hat das Verwaltungsgericht Berlin die gegenüber einem privaten Kindergarten im Bezirk Berlin-Mitte ergangene Schließungsverfügung vorläufig bestätigt. Ab Mitte 2007 waren bei der Senatsverwaltung für Bildung, Wissenschaft und Forschung Hinweise auf verschiedene wirtschaftliche und pädagogische Probleme des Kindergartens eingegangen. Die Behörde widerrief daraufhin die Betriebserlaubnis und ordnete in einem weiteren Bescheid die Schließung der Einrichtung zum 30. Januar 2010 an. Die 18. Kammer des Verwaltungsgerichts bestätigte die Verfügungen, weil von einer Kindeswohlgefährdung auszugehen sei. Die Gewährleistung des Kindeswohls setze insbesondere voraus, dass die Betreuung durch geeignete Kräfte gesichert sei; dabei komme es auf die fachliche und persönliche Eignung aller Mitarbeiter der Einrichtung an. (Beschluss vom 22.1. 2010 – VG 18 L 473.09 und VG 18 L 34.10 -.)

AGG GILT AUCH FÜR BEAMTE UND RICHTER

Auf das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz (AGG) können sich auch BeamtInnen und RichterInnen berufen. Sofern sie wegen Diskriminierung Schadenersatz geltend machen wollen, ist für sie aber nicht das Arbeitsgericht, sondern das Verwaltungsgericht zuständig. Zwar gilt das AGG auch im gesamten öffentlichen Dienst. Allerdings besteht ein Unterschied, ob es sich um ArbeitnehmerInnen handelt, wofür allein die Arbeitsgerichte zuständig sind, oder um BeamtInnen und RichterInnen handelt, so das Oberverwaltungsgericht Rheinland-Pfalz unter dem Aktenzeichen 2 F 10596/07. *(VN 1/10)*

FINANZIELLE SCHWIERIGKEITEN

Zahlt der Arbeitgeber einem Arbeitnehmer den ihm zustehenden Lohn nicht, kann der Beschäftigte nach entsprechender Abmahnung des Chefs fristlos kündigen und eine Abfindung wegen Verletzung arbeitsvertraglicher Pflichten verlangen. Dem Arbeitnehmer stehe Arbeitslohn bis zum Ablauf der ordentlichen Kündigungsfrist zu. Das hat das Landesarbeitsgericht Rheinland-Pfalz unter dem Aktenzeichen 3 Sa 701/08 entschieden. Das Argument des Arbeitgebers, die Firma sei in finanziellen Schwierigkeiten, ließen die Richter nicht gelten. Es sei allgemein anerkannt, dass Geldmangel den Schuldner nicht entlaste. Das gelte auch im Arbeitsrecht. *(VN 1/10)*

ARBEITNEHMERINNEN DÜRFEN ABFINDUNG AUFSPALTEN

Wenn es zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer nicht mehr so richtig klappt, dann wird der Verlust des Arbeitsplatzes oft durch eine Abfindung entschädigt, die im gleichen Jahr versteuert werden musste. Eine Arbeitnehmerin erhielt nach ihrer Kündigung aus einem Sozialplan 38.500 Euro, die im November ausgezahlt werden sollten. Sie vereinbarte mit ihrem früheren Arbeitgeber, zunächst den steuerfreien Betrag (12.270 Euro) und den zu versteuernden Restbetrag im Folgejahr auszuzahlen. Hiermit war das Finanzamt nicht einverstanden und erhob Klage. Das höchste deutsche Finanzgericht, der Bundesfinanzhof, entschied, die Aufspaltung der Abfindung in zwei Beträge, die in zwei aufeinanderfolgenden Jahren ausbezahlt werden, sei kein Rechtsmissbrauch und deshalb zulässig. (AZ:IX R 1/ 09) *RZ*

DIE ARBEITSZEIT DER LEHRKRÄFTE

Der Landesverband Hessen der GEW hat im November 2009 einen eintägigen Streik der Lehrkräfte für eine Absenkung der Pflichtstunden durchgeführt. Aus diesem Anlass wurde die untenstehende Tabelle veröffentlicht.

Land	Pflichtstunden(1)	Rang	Schüler pro L. (2)	Rang
Baden-Württemberg	26,2	11	16,03	10
Bayern	26,8	4	17,24	7
Berlin	26,8	4	15,17	13
Brandenburg	26,5	6	15,62	12
Bremen	26,5	6	17,40	4
Hamburg	25,4	14	15,89	11
Hessen	27,0	2	18,09	1
Mecklenburg-Vorpommern	27,1	1	16,66	9
Niedersachsen	26,2	11	17,01	8
Nordrhein-Westfalen	26,9	3	17,86	3
Rheinland-Pfalz	26,1	13	17,26	6
Saarland	26,5	6	17,31	5
Sachsen	26.5	6	14,12	14
Sachsen-Anhalt	25,0	16	13,91	15
Schleswig-Holstein	26,4	10	17,91	2
Thüringen	25,4	15	12,95	16

(1)Quelle: KMK, Berechnungen der GEW Hessen; Werte für Unter-50-Jährige, Durchschnittswerte für Grundschulen, Realschulen, Gymnasien (nur Oberstufe), Berufsschulen (ohne Fachlehrer) und Förderschulen (2) Quelle: KMK, Berechnungen der GEW Hessen Aus: HLZ, Sonderausgabe 11/2009

DER LITERATURKLASSIKER AUF GROSSER LEINWAND

Das Bildnis des
DORIAN GRAY

EWIG JUNG. EWIG VERDAMMT.

Ab 15. APRIL 2010 im Kino

ALLIANCE EALING STUDIOS UK FILM COUNCIL LOTTERY FUNDED DOLBY DIGITAL IN VERLEIH VON CONCORDE-FILM CONCORDE CLASSIC WWW.DORIANGRAY-DERFILM.DE WWW.CONCORDE-FILM.DE FRAGILE FILMS ARAMID PRESCIENCE DOLBY DIGITAL DAS BUCH ZUM FILM IST ERSCHIENEN BEI INSEL

© DORIAN GRAY LIMITED / UK FILM COUNCIL 2009

Jetzt Plätze für Schulklassenvorstellungen reservieren.
Tel.: 089 450 610 54 / weber@concorde-film.de

Unerwünschter Gast

Wie einem Journalisten der Zutritt zum islamischen Religionsunterricht verwehrt blieb

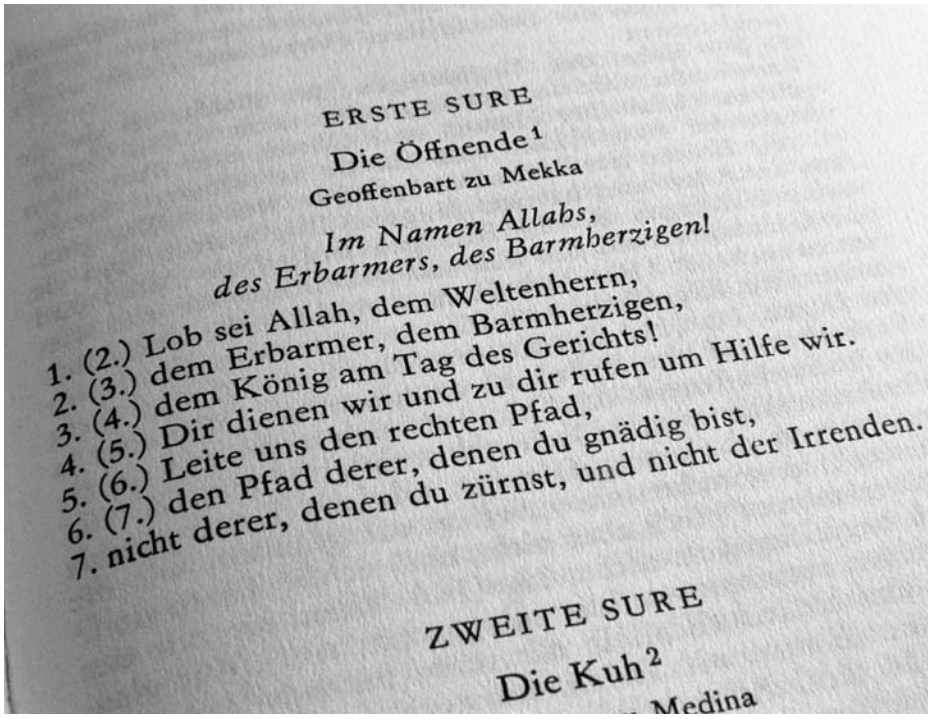
von Albrecht Metzger, freier Journalist

Schulpolitik kann die Gemüter erhitzen. Das beginnt bei banalen Dingen wie dem Unterrichtsanfang. Neulich beklagten sich Freunde von mir, sie müssten um halb sieben aufstehen, weil ihr Sohn eingeschult worden sei, was ihren gesamten Tagesrhythmus durcheinander gebracht hätte. Dabei arbeite das Gehirn doch erst ab neun Uhr effizient, wie diverse wissenschaftliche Studien erwiesen hätten. Warum also den Unterricht schon um acht Uhr beginnen? Nun ja. Vielleicht ein Thema für das nächste Volksbegehren.

Aber es gibt brisantere Schulthemen, wie ich feststellen musste. Zum Beispiel den islamischen Religionsunterricht. Als Journalist in Residence beim WZB wollte ich herausfinden, ob der Unterricht einen Beitrag zur Integration muslimischer Kinder leistet oder ob er sie im Gegenteil dazu animiert, sich von der nichtislamischen Umwelt abzuschotten. Meine Idee war, als teilnehmender Beobachter den Unterricht zu verfolgen und mir so ein Bild aus erster Hand zu machen.

Doch das war zu optimistisch gedacht. Der Träger des Unterrichts, die Islamische Föderation Berlin (IFB), hatte kein Interesse daran, einem Journalisten Einblicke in das Unterrichtsgeschehen zu gewähren. Dabei hatte ich mir gute Referenzen besorgt: Irka-Christin Mohr, eine Islamwissenschaftlerin, die seit Jahren in Kontakt mit der IFB steht und deren Vertrauen genießt, setzte sich für mich ein. Es sollte nichts nützen.

Warum aber die IFB eigenmächtig über den Unterricht entscheiden kann, ist einer Berliner Besonderheit geschuldet:



Mehr als 4.000 SchülerInnen nehmen am freiwilligen islamischen Religionsunterricht teil. FOTO: IMAGO/SCHÖNING

Anders als im Rest der Republik ist der Religionsunterricht hier kein Pflichtfach, sondern beruht auf Freiwilligkeit. Des Weiteren liegt er nicht in staatlicher Hand, sondern wird von den Religionsgemeinschaften in Eigenregie verantwortet. Das gilt gleichermaßen für den islamischen wie den evangelischen und katholischen Religionsunterricht. Kurz bevor ich in Berlin eintraf, war dieses System durch einen Volksentscheid erneut bestätigt worden. Manche Beobachter wie der Zeit-Redakteur Jörg Lau sahen darin auch einen Sieg »reaktionärer Kräfte« in der islamischen Szene, die nun weiter unkontrolliert ihren islamischen Religionsunterricht betreiben könnten. Er meinte damit die Islamische Föderation, die er als »Briefkastenfirma« von Milli Görüs bezeichnete, eines islamischen Verbandes, der bundesweit vom Verfassungsschutz beobachtet wird. Jörg Lau zitierte Burhan Kesici, den stellvertretenden Vorsitzenden der IFB und für den Islamunterricht zuständig, mit den folgenden Worten: »Es ist gut, dass wir durch das Ergebnis des Volksentscheides jetzt Planungssicherheit haben.« In Zukunft wolle man das Angebot auf weitere Schulen ausdehnen.

Das ist also der Mann, mit dem ich mich auseinandersetzen musste. Burhan Kesicis Büro liegt in der Boppstraße auf der Grenze zwischen Kreuzberg und Neukölln. Er habe mich nur empfangen,

weil Irka-Christin Mohr ein Wort für mich eingelegt hätte, sagte er bei unserem Treffen. Ansonsten würde er mit Journalisten nur noch selten reden. Schlechte Voraussetzungen. Früher verklagte die IFB gerne Journalisten, wenn sie vermeintlich etwas Falsches über die Föderation schrieben, aber die Zeiten sind wohl vorbei. Trotzdem herrscht Misstrauen. Das betrifft insbesondere den islamischen Religionsunterricht, er ist das wichtigste Projekt der IFB. An 32 Berliner Grundschulen findet der Unterricht statt, etwas mehr als 4.000 Schüler nehmen daran teil. Alle freiwillig. Doch die Presse konzentriere sich nur auf die problematischen Aspekte, beklagte sich Kesici bei mir: »Wir schicken die Leute schon in die besten Klassen, und trotzdem ist die Berichterstattung so negativ.« Man würde der IFB vorhalten, die Kinder zu indoktrinieren, aber viel vehementer sei noch die Kritik an den fehlenden pädagogischen und didaktischen Fähigkeiten des Lehrpersonals, sagte Kesici. »Aber man muss bedenken, dass wir in Problemvierteln arbeiten. Auch andere Lehrer haben große Probleme mit den Schülern«, rechtfertigte er sich.

Mein Einwurf, ich wolle nicht einen journalistischen Text schreiben, sondern eine wissenschaftliche Untersuchung, fruchtete nicht. Einmal Journalist, immer Journalist. Der Zutritt zu den Schulklassen würde mir vorerst verwehrt bleiben. Da ich aber nicht vorhatte, meine Untersuchung jenseits von Empirie zu betreiben, musste ich mir etwas überlegen. Ich dachte, wenn ich Burhan Kesici das Gesprächsprotokoll freiwillig zum Gegenlesen vorlegen würde, könnte ich sein Vertrauen gewinnen. Aber das Angebot lehnte er ab. Was tun?

Immerhin gab mir die IFB eine Broschüre mit, in der sämtliche Schulen aufgeführt waren, an denen islamischer Religionsunterricht stattfindet. Das waren brauchbare Informationen, die ich mir ansonsten hätte mühsam zusammensammeln müssen. So konnte ich mich direkt an die Schulen wenden, und das tat ich auch. Da ich mir keinen Eindruck aus erster Hand von dem islamischen Religionsunterricht machen konnte, beschloss ich, auf Eindrücke aus zweiter Hand zurückzugreifen, und fing an, die Direktoren dieser Schulen anzurufen und um ein Interview zu bitten. Sie sind am dichtesten dran an dem, was im islamischen Religionsunterricht passiert, zumal sie verpflichtet sind, sich alle halbe Jahre in eine der Klassen zu setzen und ein Protokoll über den Unterricht zu erstellen, das sie an die Schulaufsicht schicken müssen. Das ist die einzige Kontrolle, die der Staat über den islamischen Religionsunterricht hat. Aleviten, Griechisch-Orthodoxe und Buddhisten müssen sich der gleichen Prozedur unterziehen.

Die meisten Direktoren waren bereit, sich mit mir zu treffen. Ich suchte mir die Problemviertel heraus, weil sonst ein möglicherweise geschöntes Bild hätte herauskommen können. Die meisten dieser Schulen sind ohnehin in Kreuzberg, Schöneberg, Neukölln und im Wedding – Viertel also, in denen der Anteil der Kinder mit Migrationshintergrund überdurchschnittlich hoch ist. An manchen der von mir besuchten Schulen betrug er bis zu 98 Prozent, die niedrigste Quote war um die 60 Prozent.

Die Reaktionen der Schuldirektoren auf den islamischen Religionsunterricht waren durchaus gemischt: Manche – allerdings eine Minderheit – malten eine schleichende Islamisierung Berlins an die Wand, andere sahen den islamischen Religionsunterricht als Bereicherung für ihre Schule an. Die meisten bewegten sich irgendwo dazwischen: Sie waren nicht begeistert von dem Unterricht, empfanden ihn aber auch nicht als Gefahr für das friedliche Zusammenleben an ihrer Schule.

Die meisten Direktoren baten um Anonymität, manche aus Fürsorglichkeit für ihre islamischen Religionslehrer. Denn einige der Lehrer vertraten liberale Standpunkte, sprachen sich zum Beispiel gegen das Kopftuch im Kindesalter aus oder rieten den Schülerinnen und Schülern davon ab, im Fastenmonat Ramadan zu fasten. Sie taten das meist ohne Absprache mit der IFB, die diese Ratschläge möglicherweise nicht gutgeheißen hätte; sie vertritt in diesen Dingen eher konservative Standpunkte.

In einer Sache waren sich fast alle Direktoren einig: Selbst wenn die IFB versuchen sollte, die Kinder im Sinne eines intoleranten Islam zu indoktrinieren, wie man ihr teilweise vorwirft, würde das kaum gelingen. »Früher oder später würden uns das die Kinder erzählen«, sagte eine Direktorin. »Sie sind noch klein, sie würden so etwas ausplappern.« Da das aber bislang nicht passiert ist, erscheint mir die Panik vor einer Islamisierung der Berliner Schulen übertrieben zu sein.

Die Einwände der kritischen Direktoren gegenüber der IFB betrafen in erster Linie die mangelnden pädagogischen und didaktischen Fähigkeiten der Religionslehrer, die oft keine entsprechenden Hochschulabschlüsse vorweisen können. Das sind gar keine Lehrer», beschwerte sich eine Direktorin bei mir. Doch auch inhaltlich gab es Beanstandungen. Bei einem ihrer halbjährlichen Besuche stellte eine Direktorin fest, dass der Religionslehrer einen Film zeigte, in dem die Evolutionslehre abgelehnt wurde. Alle Menschen seien von Gott erschaffen, so etwas wie Evolution habe nicht stattgefunden. Als die Direktorin den Lehrer daraufhin ansprach, zeigte er sich einsichtig. »Dem Mann war das sehr peinlich, er hat das nicht mit böser Absicht gemacht«, sagte sie. »Wir haben auch die IFB angerufen, der hat von denen wohl eine Abreibung bekommen.«

Zum Schluss meiner Recherchen lernte ich sogar noch eine islamische Religionslehrerin kennen. Sie arbeitete an der Regenbogen-Schule in Neukölln. Diese Schule ist ein Vorzeigeprojekt, seit einigen Jahren findet hier ein Trialog der Kulturen statt, an dem christliche, muslimische und jüdische Schüler gemeinsam teilnehmen. Entsprechend positiv waren hier die Atmosphäre und das Feedback der Lehrer. »Ich finde, der islamische Religionsunterricht ist eine Bereicherung für unsere Schule«, sagte die Direktorin. »Er macht die muslimischen Schüler selbstbewusster. Ohne den islamischen Religionsunterricht hätten wir das Trialog-Projekt auch gar nicht machen können.«

An dieser Schule hatte die IFB nichts zu verbergen. Vielleicht hätte mich Burhan Kesici an diesem Unterricht teilnehmen lassen sollen. Damit hätte er sicher geholfen, Misstrauen abzubauen.

Albrecht Metzger, geboren 1966, hat Islamwissenschaft, Geschichte und Politikwissenschaft studiert. Er lebt in Hamburg und arbeitet als freier Journalist mit dem Schwerpunkt islamische Welt. Von Mai bis Juli 2009 war er »Journalist in Residence« am Wissenschaftszentrum Berlin (WZB). Der Beitrag ist zuerst in den WZB-Mitteilungen Nr. 126 im Dezember 2009 erschienen. Wir bedanken uns für die Erlaubnis zum Nachdruck.

WEG DAMIT!

Lehrer sind manische Sammler. Was immer sie im Unterricht gebrauchen könnten, heben sie auf. Allerdings finden sie den Artikel zur trostlosen Situation der Wildkatze in Tadschikistan sowieso nicht, wenn sie ihn in Erdkunde einsetzen wollen. Aber es wäre ein Riesenfehler, vorzeitig – also vor der Pensionierung – auszumisten. Mit Sicherheit braucht man das Interview mit der buddhistischen Nonne gerade dann, wenn der entsprechende Ordner (Welches Stichwort bloß? Interviews? Weltreligionen? Berufskunde?) in der Altpapiersammlung gelandet ist. Weil man nie ganz sicher weiß, was man eventuell schon weggeworfen hat, wühlt man oft stundenlang vergeblich.

Also heben Lehrer alles auf. Wenn sie Zeit haben, archivieren sie nach feinsinnigen Systemen und finden das Testament der Gräfin Muschwitz aus dem Jahre 1848 auf Anhieb. Die Kollegen, die ich kenne, haben allerdings keine Zeit und bauen Stapel für Stapel rund um ihren Schreibtisch, auf allen Treppenstufen und allen verfügbaren Schränken und Regalen. Manche halten sich sogar Zeitschriftensammlungen direkt neben dem Klo. Andere lagern gerissen Materialien in die Schule aus, sofern sie dort einen freien Kubikmeter Stauraum finden. Es gibt viele überfüllte Schränke in Klassenräumen und Lehrerzimmern, deren Inhalt niemandem mehr eindeutig zuzuordnen ist. Aber kann man die Mikroskope, Metronome, Turnhosen und Marmeladengläser mit halb gekeimter Walnuss einfach wegwerfen? Lieber legt man sie im schwer zugänglichen Oberschrank ab. Der erste klinisch attestierte Messie soll übrigens ein Lehrer gewesen sein...

Nun erreichen immer mehr Kollegen das Pensionsalter und misten richtig aus. Wahrscheinlich haben sie einen

Feng-Shui-Ratgeber gelesen: Wer seine Keller, Garagen, Schreibtische, Schränke, Kisten und Kasteln entrümpelt, schafft nicht nur Platz für Neues, sondern befreit sich auch geistig-seelisch! Oft nimmt das Leben danach dramatische neue Wendungen! Man wandert nach Tasmanien aus oder macht seinen Flugschein. Solche Lebensänderungen können natürlich auch beängstigend sein, deshalb suchen sich manche lieber eine größere Wohnung, bevor sie sich von ihren Büchern, Ordnern und Pullundern trennen.

Alle Lehrer fragen sich am Ende ihres Berufslebens, was sie mit den vielen Schulsachen machen sollen. Einfach wegwerfen? Die kann doch schließlich noch jemand brauchen! Also werden die Schätze in der Schule ausgelegt. Mit kleinen Zetteln dran: »Zum Mitnehmen!« Gerade die jüngeren Kollegen freuen sich ungemein über eingerissene Plastikhefter, Aquarellfarbkästen mit nur noch fünf Brauntönen und Bleistifthalter aus der Nachkriegszeit. Begeistert sammeln sie gelungene Unterrichtsentwürfe von 1973, alte Schülerzeitungen und Blumentöpfe ein. Raffen unvollständige Schachspiele und Duden aus der Zeit vor der Rechtschreibreform an sich (soviel hat sich ja nun auch nicht geändert...). Nur die Sprachkassette »Norwegisch für Fortgeschrittene« und das Gartenbrevier »Düngen für Anfänger« liegen länger im Lehrerzimmer rum.

Die neue Deutschfachleiterin will ihren Elan sofort sichtbar unter Beweis stellen. Also räumt sie auf. Leider ohne vorher mit allen Kollegen über jedes einzelne Arbeitsblatt Rücksprache zu nehmen. Sensationelle Texte zur Rolle der Frau in Papua-Neuguinea landen im Müll. Urkundenformulare für Bundesjugendspiele aus den achtziger Jahren (weibliche Jugend) ebenso. Wertvollste Dia-Sammlungen, ein schlaffer Fußball und nie genutzte Schallplatten (»Heinrich George liest Adalbert Stifter«) verschwinden über Nacht. Zerfetzte Schulbücher lagern vorm vollen Altpapiercontainer. Ein Deutschlehrer rettet in letzter Sekunde einen Satz Lesebücher für den 10. Jahrgang. Darin steht eine wichtige Parabel von Kafka! Andere Rettungsversuche misslingen. Die Kollegen sind bestürzt. Sammlungen von historischer Bedeutung – einfach in den Müll zu werfen! Die neue Deutschfachleiterin wird einen schweren Stand haben. Ihr einziges Verdienst ist, dass sie die Küchenecke und den Kühlschrank gleich mit aufgeräumt hat. An die überlagerten Milchtüten und Kraft-Scheibletten hat sich seit Jahren niemand getraut. Und den Tee aus der grusinischen Volksrepublik trank ohnehin keiner. Aber dass daneben auch die Videokassette mit »König Ottokars Glück und Ende«, einer Aufzeichnung aus den Berner Kammerspielen von 1958, entsorgt wurde, ist unverzeihlich.

Gabriele Frydrych

Respekt kann ab sofort trainiert werden

Die neue Ausstellung »7 x jung« startet in die Pilotphase und wartet auf entdeckungsfreudige Schulklassen

von Heidi Schulze, Gesicht Zeigen! e.V.

Entdecken kann man viel, in den Ausstellungsräumen des Vereins *Gesicht Zeigen!* Installationen, Hörstationen, Exponate, Filme, Bilder, Zitate, Computer und vieles mehr laden Schulklassen dazu ein, sich in verschiedenen Themenräumen mit Fragen zu beschäftigen, die eine große Rolle im Leben Jugendlicher spielen und spielten. Dabei geht es auf der ersten Ebene zum Beispiel um Musik, um Sport, ums zu Hause, ums Einkaufen oder ums Draußensein. Innerhalb dieser Lebensweltbezüge geht es um Diskriminierung und Zugehörigkeit, um Ausgrenzung und Antisemitismus, um Selbstbehauptung und Unterstützung.

Die Ausstellung spricht die Jugendlichen in ihrer gegenwärtigen, alltäglichen Situation an. Über eigene Bezugspunkte werden neue und persönliche Zugänge geschaffen, um die Zeit des Nationalsozialismus zu begreifen und für sich selbst daraus zu lernen. Die Ausstellung verknüpft künstlerische Elemente mit moderner technischer Ausstattung, um ein persönliches und sinnliches Nachspüren auch schwieriger Fragen zu ermöglichen und ein neues Nachdenken über die Vergangenheit anzuregen.

In einem Kurzfilm berichtet die gebürtige Berlinerin Marion House von ihren Erlebnissen 1933. Als Jüdin war ihr der Zutritt zum Schöneberger Schwimmbad untersagt. Dennoch konnte sie dort – unter dem Schutz von Lehrerin und Rektor – schwimmen lernen. Robert Thalheim hat die Begebenheit mit heutigen Jugendlichen inszeniert. »Dass die nicht ins Schwimmbad durften, nur weil sie Juden waren, das habe ich nicht gewusst. Das ist ja total ungerecht!« Workshopteilnehmer, 8. Hauptschulklasse.

Die Jugendlichen lernen, sich in bestimmte Situationen hineinzuversetzen, diese zu verstehen und Handlungsoptionen abzuleiten. Ein anderer Gegenstand ist die Geschichte unangepasster Jugendlicher in Deutschland. Swingjugendliche beispielsweise grenzten sich mit ihrem Musikstil bewusst von der Hitlerjugend ab. Wie ist das heute? Treffen Musikrichtungen auch heute Aussagen über deren Hörerschaft? Verbindet Jugendliche der gleiche Musikgeschmack enger als ihr Alter oder ihre Herkunft? In Kleingruppen kann die eigene Musik vorgestellt, neue Songtexte erprobt werden. Auch Bewegungsspiele sind Teil der Projektveranstaltungen.

Die Ausstellung »7 x jung – Dein Trainingsplatz für Zusammenhalt und Respekt« richtet sich an Jugendliche ab 12 Jahren, sie ist für alle Bildungs- und Herkunftshintergründe geeignet. Für Schulklassen bietet *Gesicht Zeigen!* Projekttage an, die mit kulturpädagogischen Methoden arbeiten. Das Programm kann individuell auf die Klasse und ihren Hintergrund abgestimmt werden. Durch die verschiedenen Erfahrungsbereiche passt ein Ausstellungsbesuch in unterschiedliche schulische Curricula, beispielsweise auch in den Sport- und Musikunterricht. Neben Deutsch, Geschichts-, Religion- u. Sachkunde-Lehrkräften sind daher auch alle anderen Berliner Pädagogen herzlich eingeladen, mit ihren Klassen einen Projekttag in den Ausstellungsräumen zu verbringen. Das pädagogische Programm arbeitet mit kulturpädagogischen, anregenden Methoden und ist für alle Schultypen geeignet.

Die Ausstellung ist am 1. März 2010 in die Pilotphase gestartet. Von März bis Mai ist sie zunächst ausschließlich für Klassenbesuche und Jugendgruppen zugänglich. Anmeldungen und Vorgespräche sind jederzeit möglich – rufen Sie uns gerne an!

Kontakt: Gesicht Zeigen! Ausstellungsprojekt, Koppenstr. 93,10243 Berlin, Tel.: 030-3 03 08 08-25 oder -22, Fax: 030-3 03 08 08-29. Die Ausstellungsräume befinden sich unmittelbar am S-Bahnhof Bellevue: Ausstellung 7 x jung, Flensburger Str. 3, 10557 Berlin-Mitte (S-Bhf. Bellevue, U9 Hansaplatz). Weitere Informationen: www.7xjung.de und http://www.gesichtzeigen.de/ausstellungsprojekt

ANZEIGE

Szene aus dem neuen Stück des Atze-Musiktheaters: »Ayla, Alis Tochter«: Ayla (Tanya Erartsin) in einer Auseinandersetzung mit ihren Eltern (Sascha Özlem Soydan und Sinen Al-Kuri). Besprechung siehe unten. FOTO: ATZE

AUFFÜHRUNGEN KRITISCH GESEHEN

Berlin kämpft mit Problemkiezen; der Senat hat fünf schwierige *»Aktionsräume«* definiert; LehrerInnen kennen seit langem diese Schwierigkeiten; schon seit 10 Jahren gibt es das Programm »Soziale Stadt«. Jetzt kommen Integration und Segregation auf die Gesamtberliner Agenda; Wowereit will Berlin als »Modellstadt«. Auf dem Theater ist Berlin (auch und gerade abseits der internationalen Festivals) längst multi- und interkulturell: die **Werkstatt der Kulturen, Sophiensäle, Hau**, die Berliner Kinder- und Jugendtheater – **Grips** »natürlich« schon seit vielen Jahren (Papadakis!), aber auch **Strahl, Spielwerkstatt, Havarie, Parkaue**. Dazu kommt eine bemerkenswerte Entwicklung der türkisch-muslimischen Szene (Ballhaus Naunynstraße, Heimathafen Neukölln*).

Ein weiteres Beispiel: *»Ayla, Alis Tochter«* bei **Atze** – der Zusammenstoß von zwei Kulturen als zentrales Thema – formuliert und erlebt aus Aylas Sicht. Bei klaren Wertungen ohne simples Schwarz-Weiß ergibt sich ein erhellender Einblick in kulturelle Mechanismen, formuliert in präzise analysierenden Bildern, die auch die Ansicht der Älteren nicht einfach diffamieren. Dabei ist die doppelte Liebesgeschichte zwischen türkischem Mädchen und deutschem Jungen, ihrem Bruder und einem deutschen Mädchen bei aller Tragik zugleich immer wieder komisch, unterhaltsam, spannend – sehr dicht an Erfahrungen und Interessen der jugendlichen Besucher – auch durch die Musik, die in die Szenen eingebunden wird (ab 13).

Auch in der **Schaubühne** das Thema Großstadt als Tanz-Theater. *»Megalopolis«* besticht durch faszinierenden Körperausdruck, hohes artistisch-akrobatisches Können, eindrucksvolle Momentaufnahmen isolierter oder zusammenstoßender städtischer Existenzen – und ist zugleich eine chaotisch-willkürliche Reihung von Einfällen ohne Zusammenhang, als ob Constance Macras, Regisseurin und Choreographien, sich von ihren Einfällen hetzen ließe. Auch wenn einzelne Figuren immer einmal wieder auftreten, ergibt sich kein Zusammenhang, schon gar nicht eine Geschichte. So bleibt bei aller Klarheit in jedem Detail, weil alles gleich wichtig (oder gleich bedeutungslos) ist, das Gesamtwerk unkonturiert stecken in der Beliebigkeit einer Musterkollektion von Einzelpartikeln. Trotzdem immer wieder faszinierend (ab 16).

Hans-Wolfgang Nickel

** Weisen wir wenigstens noch hin auf »Tango Türk. Eine Geschichte zwischen Berlin und Istanbul« in der Neuköllner Oper*

FORTBILDUNG

»Schule verändern!« – Erfolgreiche Schulen zeigen, wie es gehen kann

[101-S-29] Fortbildungsreihe zum Unterricht in heterogenen Lerngruppen: Dieses Mal stellt sich die Offene Schule Kassel-Waldau mit ihrem Konzept einer reformorientiert arbeitenden Gesamtschule vor. Schwerpunkt: Individuelle Schülerleistung im Lernprozess von der 5. bis zur 10. Klasse. Als ReferentInnen kommen Barbara Buchfeld und Erich Frohnapfel von der Schule Kassel-Waldau mit zwei SchülerInnen der Schule. Am Donnerstag, *18. März 2010* von 9 bis 16 Uhr im GEW-Haus. Für Mitglieder kostenfrei, für Nichtmitglieder 40 Euro. Mehr Informationen im Internet unter http://www.gew-berlin.de/12524.htm Anmeldungen bitte per Internet unter http://www.gew-berlin.de/seminare (E-Mail: info@gew-berlin.de, Tel. 030 / 21 99 93 0, Fax 030 / 21 99 93 50)

Gewerkschaftliche Bildung

In folgenden Seminaren der GEW Berlin sind noch Plätze frei. Bitte schnell anmelden!

- Islam und Islamismus an Berliner Schulen [101-S-23], 9.3., Wdh. [101-S-38], 20.4., 9.30-16.30 Uhr, GEW-Haus, Kosten für Nichtmitglieder 40 Euro
- Zeit- und Selbstmanagement für junge Lehrkräfte [101-S-30], 19.-20.3., GEW-Haus, Kosten: 50 Euro, für ReferendarInnen und Arbeitslose 15, Nichtmitgl. 150
- Gesprächsführung für Mitglieder mit GEW-Funktionen [101-S-87], 15.-16.4., GEW-Haus
- Einführung in den Umgang mit interaktiven »Whiteboards« [101-S-39], 20.4., 16-18.30 Uhr, Grundschule an der Bäke
- Lernumgebung, Rituale in der Schulanfangsphase – Schwerpunkt Mathematik [101-S-40], 21.4., 15-18 Uhr, Goerdeler-Grundschule, Kosten für Nichtmitgl. 25 Euro
- JÜL – Unterricht in heterogenen Lerngruppen (Klassen 1-3) [101-S-44], 24.4., 10-16 Uhr, PIZ Mitte
- JÜL – Unterricht in heterogenen Lerngruppen (Klassen 4-6) [101-S-71], 5.6., 10-16 Uhr, PIZ Mitte
- Schluss mit dem Aufschieben! [101-S-47], 3.5., 17-20 Uhr, Kosten für Nichtmitgl. 25 Euro
- Aktivierung von Eltern mit Migrationshintergrund [101-S-48], 4.5., 17-20 Uhr, GEW, Kosten für Nichtmitgl. 25 Euro
- Lernumgebung, Rituale – Schwerpunkt Deutschunterricht [101-S-49], 5.5., 15-18 Uhr, Goerdeler-Grundschule, Kosten für Nichtmitgl. 25 Euro
- Schulrecht [101-S-53], 12.5., 17-20 Uhr, GEW-Haus, Kosten keine, für Nichtmitgl. 25 Euro
- Fit für Funktionsstellen [101-S-57], 26.5., 17-20 Uhr, GEW-Haus, nur für Mitglieder
- Konstruktiv miteinander »streiten«! [101-S-59] für Mitglieder mit GEW-Funktionen, 28.-29.5., GEW-Haus
- Einführung in das GEW-Zeugnisprogramm [101-C-65], 2.6., 17-20 Uhr, GEW-Haus
- Vertrauenskultur und individualisiertes Lernen [101-S-66], 3.6., 9-16.30 Uhr, GEW-Haus, Kosten für Nichtmitglieder 40 Euro
- Begegnung mit schwierigen SchülerInnen [101-S-67], 4.6., 9-16.30 Uhr, GEW-Haus, Kosten für Nichtmitglieder 40 Euro
- Individualisiertes und gemeinsames Lernen in Grundschule und Sekundarstufe I [101-S-73], 10.6., 9-16.30 Uhr, GEW-Haus, Kosten für Nichtmitgl. 40 Euro
- Bewegung und Entspannung in die Schule! (Sek. II) [101-S-78], 19.6., 10-15.30 Uhr, GEW-Haus, 25 Euro, Nichtmitgl. 100 Euro

Mehr Informationen unter www.gew-berlin.de/seminare Anmeldungen bitte per Internet unter http://www.gew-berlin.de/seminare (E-Mail: info@gew-berlin.de, Tel. 030 / 21 99 93 0, Fax 030 / 21 99 93 50)

AKTIVITÄTEN

Pfingsttreffen schwuler Lehrer

Seit 31 Jahren treffen sich jährlich zu Pfingsten in der Akademie Waldschlösschen bei Göttingen schwule Lehrer, Referendare und Lehramtsstudenten zur Fortbildung und zum Erfahrungsaustausch. Programm und Anmeldung zum Treffen vom 21. bis 24. Mai 2010 unter www.schwulelehrer.de

Aufruf zum Girls'Day – Mädchen-Zukunftstag 2010

Am 22. April 2010 ist Girls'Day – Mädchen-Zukunftstag! Der

Girls'Day bietet den Schülerinnen der Klassen 5 bis 10 ein Mal im Jahr die Möglichkeit, die Arbeitswelt kennenzulernen und einen Einblick in die unterschiedlichsten Berufe, insbesondere im technischen und naturwissenschaftlichen Bereich zu gewinnen. Selbstverständlich nutzen Mädchen heutzutage Handys und Computer – warum sollen sie nicht auch Berufe wie Softwareentwicklerin, Biophysikerin oder KFZ-Mechanikerin erlernen? Der Girls'Day verfolgt das Ziel, das Berufswahlspektrum von Mädchen über Kontakte zwischen Schülerinnen und der Arbeitswelt deutlich zu erweitern. Mädchen sollen ermutigt werden, die Vielfalt ihrer Begabungen zu nutzen und sich auch für Berufe in neuen zukunftsträchtigen Branchen zu interessieren. Mit dem Aktionstag haben seit 2001 bereits über 900.000 Mädchen Berufe entdeckt, in denen Frauen noch eher unterrepräsentiert sind. Veranstaltungen des kommenden Girls'Day und weitere Infos unter www.girls-day.de

»Dein Tag für Afrika« am 22. Juni

Der Aktionstag, der bundesweiten Kampagne »Dein Tag für Afrika« von Aktion Tagwerk e.V. rückt näher. Es sind nur noch wenige Monate bis wieder Tausende SchülerInnen sich für die Verbesserung der Bildungssituation Gleichaltriger in Afrika engagieren. Einzelne Klassen, Jahrgänge oder auch ganze Schule können sich an diesem bundesweiten Schülerengagement beteiligen. Die SchülerInnen können sich auf verschiedene Weise beteiligen: Eintägige Schnupperpraktika in Betrieben, Hilfsdienste im Freundes- oder Familienkreis, einen Spendenlauf »Go for Africa« oder andere Klassenaktionen organisieren. Mitmachen können alle Altersstufen und alle Schulformen. Der bundesweite Aktionstag 2010 findet am 22. Juni statt, aber jede Schule kann auch an einem selbst gewählten Ausweichdatum ihren Aktionstag durchführen. Der Erlös der Kampagne geht an Bildungsprojekte des Aktion Tagwerk-Projektpartners Human Help Network (www.hhn.org) in den fünf afrikanischen Ländern Angola, Burundi, Ruanda, Südafrika und dem Sudan. Weitere Infos und Anmeldung unter www.aktion-tagwerk.de

GEW-Radtour im Mai

Die 10. GEW-Radtour findet in diesem Jahr am Samstag, 8. Mai statt. Ein Ziel steht noch nicht fest. Weitere Auskünfte sind unter umtriebe@web.de zu erhalten.

Nachhilfelehrer gesucht

Für den Bereich »Betreutes Jugendwohnen« werden Nachhilfelehrkräfte gesucht, die sich gegen ein geringes Entgelt (oder auch ohne Geld) für Jugendliche engagieren, die in der Jugendhilfe sind, für Nachhilfe kein Geld haben und trotzdem gerne Abitur machen möchten. Kontakt und Info: Doro Linke, E-Mail: linke@jugendwohnen-berlin.de oder Tel. 618 67 22.

MATERIALIEN

Streubomben: Tod im Maisfeld

Sophia Deeg hat dieses Buch über zwei junge Menschen geschrieben, deren Leben durch Streubomben eine grausame Wendung nimmt. Anschaulich und sehr persönlich wird die Geschichte von Musa aus dem Libanon und Denis aus Serbien erzählt. Ein informativer Innenteil enthält außerdem Fakten und Hintergründe über Streubomben, betroffene Länder und die erfolgreiche Kampagne gegen Streubomben und motiviert zum eigenen Engagement. Die Autorin lebt und arbeitet als Journalistin, Autorin und Übersetzerin in Berlin. Als Ergänzung zu dem Buch bietet Handicap International die Möglichkeit an, in Schulen eine Lesung mit der Autorin und Unterrichtseinheiten oder Projekttage mit pädagogischen Fachkräften zum Thema Landminen zu organisieren. Lehrerinnen und Lehrer können dieses Buch, das vom Verlag Horlemann und von Handicap International herausgegeben ist, kostenlos als Ansichtsexemplar bestellen über Marina Beck, Tel. 089/54760629, mbeck@handicap-international.de HandicapInternational bietet darüber hinaus Filme und Aus-

ANZEIGEN

jede Woche neue Angebote
schulfahrt.de

Klinik am Leisberg
BADEN-BADEN
Von hier an geht es aufwärts!
HOTLINE: 07221/39 39 30
Privatklinik für psychologische Medizin
Mit Fachabteilung für Essstörungen
In einer Stadt mit besonderem Flair und Ambiente bieten wir einen individuellen und erfolgreichen psychotherapeutischen Ansatz zur Behandlung psychischer Konflikte und Erkrankungen, von der Diagnostik bis zur Therapie!
Indikationen: Depression, Angst- und Paniksyndrom, Belastungsreaktionen, Schlafstörungen, Essstörungen, Zwänge, Erschöpfungssyndrom („Burn-out"), Schmerzen
Kostenübernahme: Privatversicherungen, Beihilfe, PBeaKK
Gunzenbachstr. 8, 76530 Baden-Baden
Fax: 07221/39 39 350 • www.leisberg-klinik.de • info@leisberg-klinik.de

BurnOut
Lebenskrise
Depression
Ängste
chronische Schmerzen
Essstörung
NaturaMed Fachklinik
Psychosomatisches Privatkrankenhaus beihilfefähig
0 75 24 . 990 - 222
88339 Bad Waldsee
naturamed.de
Ganzheitsmedizinische Ursachendiagnose
NaturaMed ...wir bringen Sie wieder in Schwung!

IHRE ANZEIGE in der blz
Tel: 030-21 99 93 46 • Fax: 030-21 99 93 49

Supervision
Gruppen Teams Einzelpersonen
Wolfgang Witte
Supervisor (DGSv/SG) Pädagoge M.A.
Fon: 030 - 3241461
Email: wolfgang.witte@berlin.de
Web: www.wolfgang-witte.com

SUPERVISION
Einzeln, Gruppe oder Team
Dipl.-Psych., Psychoanalytikerin,
Supervisorin (DGSv*)
A. Werner, Berlin-Tiergarten
Tel. 030-344 59 44, alwWer@web.de

Institut für Gruppendynamik
Supervisionsgruppen
für Lehrerinnen und Lehrer
Andrea Riedel, Lehrerin, Supervisorin (DGG)
Angela Krapp, Lehrerin, Supervisorin (DGG)
Kantstr. 120/121, 10625 Berlin
313 28 93 e-mail: DAPBerlin@aol.com

INSTITUT FÜR MUSIKTHERAPIE
WALDHÜTERPFAD 38 • 14169 BERLIN
Musiktherapie in der Schul-, Nachschulischen und Freizeitbetreuung und in der Musikpädagogik.
www.musiktherapieberlin.de
INFO-TEL.: 030 - 813-50-80

SUPERVISIONSGRUPPE
FÜR LEHRER/INNEN HAT NOCH FREIE PLÄTZE
INFO: INA KAUFMANN
DIPL.PÄD. / SUPERVISORIN (DGSv)
TEL: 030/ 693 68 90, E-MAIL: KAUFMANN.INA@WEB.DE

COMMUNICATION ACADEMY BERLIN
Fortbildungen 2010
Interkulturelle Kompetenz erleben
Lassen Sie Stimmen anderer zu?
• Interkulturelles Training: Grundlagen und Vertiefung
• Stimmbildung und Gesang für Sprechberufe
• Rede- und Präsentationstraining
Dr. Karin Iqbal Bhatti / Frank Morawski M.A.
Kalkreuthstr. 10, 10777 Berlin
Tel. 030-23 63 91 77
www.communication-academy.org

WHY?

BESUCHT DAS
Anti-Kriegs-Museum
IN BERLIN-WEDDING
BRÜSSELER STR. 21
(NAHE U-BAHNHOF AMRUMER STR.)
TEL.: 454 90 110
GRUPPENBETREUUNG nach VEREINBARUNG:
TEL.: 402 86 91
TÄGLICH GEÖFFNET
von 16.00 - 20.00 UHR
Eintritt frei

WOCHE DER SPRACHE UND DES LESENS 2010

Es ist wieder soweit: Die Neuköllner »Woche der Sprache und des Lesens« findet vom 29. Mai bis 6. Juni 2010 an zahlreichen Orten in Neukölln statt. Bereits zum dritten Mal – und mit steigender Resonanz. Bei der zweiten Lesewoche im Jahr 2008 konnte beim Lesemarathon im Schulenburg-Park ein inoffizieller Weltrekord aufgestellt werden, indem dort in 109 Sprachen vorgelesen und vorgetragen wurde.
Die Eröffnungsveranstaltung findet am 29. Mai 2010 auf dem Bat-Yam-Platz sowie im Gemeinschaftshaus Gropiusstadt statt. Dann geht es los: An unterschiedlichen Orten, in unterschiedlichen Sprachen und von unterschiedlichen Menschen wird eine Woche lang gelesen, vorgelesen, musiziert, gemalt und diskutiert: in U-Bahnen und Bussen, in Cafés und Wartezimmern, auf öffentlichen Plätzen und in Schulen und Kitas in Restaurants und Parks. Unter www.sprachwoche-neukoelln.de findet man alle Veranstaltungen der Sprachwoche und weitere Infos.
Die Vorbereitungen der Woche der Sprache und des Lesens für das Jahr laufen: Gesucht werden noch UnterstützerInnen, die Ideen für originelle Aktionen haben und / oder sich ehrenamtlich in einer der Vorbereitungsgruppen als VorleserIn oder VeranstaltungsbetreuerIn für das Projekt engagieren wollen. Auch Sponsoren, die die Aktion finanziell oder durch Sachspenden unterstützen, werden noch gesucht. Kontakt und Informationen über buero@sprachwoche-neukoelln.de Veranstaltet wird die Woche vom Verein Aufbruch Neukölln e.V. (Kto. 1410062330 bei der Berliner Sparkasse, BLZ 10050000), Schirmherr ist der Regierende Bürgermeister Klaus Wowereit.
Diesmal gibt es sogar etwas zu gewinnen, wenn man mitmacht beim **Sprichwörter-Wettbewerb** der Sprachwoche: Kennen Sie ein Sprichwort, das die Schönheit Ihrer Sprache zeigt und »den Nagel auf den Kopf trifft«? Traditionelle und selbst gemachte Sprichworte sind gleichermaßen willkommen. Teilnehmen können alle »von 3 bis 103«.Eine Jury wählt die besten Sprichworte und vergibt 50 Preise, darunter drei Hin- und Rückflugtickets in ein Land Europas! Beim Abschlussfest der Sprachwoche am 6. Juni in der Rütlistraße gehen die Sprichworte mit Ballons in die Luft und verteilen sich über die Stadt. Senden Sie Ihr liebstes Sprichwort an sprueche@sprachwoche-neukoelln.de Einsendeschluss ist der 31. März.

stellungen zum Thema an, leihweise oder zum Kauf: www.handicap-international.de

Wegweiser für Migrantinnen, die von häuslicher Gewalt betroffen sind
Der »Wegweiser« enthält Informationen und Hilfsangebote für gewaltbetroffene Migrantinnen und wendet sich an MitarbeiterInnen verschiedenster Einrichtungen, die im Rahmen ihrer Tätigkeit Kontakt zu von häuslicher Gewalt betroffenen Migrantinnen haben. Er wurde in Kooperation der AG Migrantinnen bei BIG (Berliner Interventionszentrale bei häuslicher Gewalt), der Berliner Senatsverwaltung für Wirtschaft, Technologie und Frauen sowie des Beauftragten des Senats von Berlin für Integration und Migration erstellt. Der Wegweiser steht als kostenloser Download und in mehreren Sprachen bereit unter www.big-koordinierung.de/veroeffentlichungen/broschueren/migrantinnen.htm

SENIOREN

18. März: Besuch der Gedenkstätte »Köpenicker Blutwoche«. Treffpunkt um 10 Uhr im S-Bahnhof Köpenick.

18. März: Besuch im Hugenottenmuseum im Französischen Dom. Treffpunkt um 14 Uhr vor dem Eingang des Museums.

14. April: Spaziergang durch die Tuschkastensiedlung (Gartenstadt Falkensee). Treffpunkt um 10 Uhr am S-Bahnhof Alt-Glienicke.

STELLENBÖRSE

Sie haben Lust auf den Zweiten Bildungsweg und wollen an einem Kolleg unterrichten? Sie haben die Lehrbefähigung für das Fach Wirtschaft oder Sie haben zumindest Erfahrung im Unterrichten wirtschaftswissenschaftlicher Inhalte? Sie sind bereits Lehrkraft im Land Berlin? Dann melden Sie sich bitte bei mir (sascha_p@gmx.de) oder direkt im Kolleg: Victor-Klemperer-Kolleg (www.victor-klemperer-kolleg oder telefonisch unter 5426086). Ich möchte den 2. Bildungsweg verlassen, kann das aber anscheinend nur, wenn eine Lehrkraft meine Kurse an dieser Schule übernimmt.

INTERNET

www.duales-lernen.de Das neue Internet-Portal zum Dualen Lernen bietet Lehrkräften, SchülerInnen und interessierten Eltern Informationen über das Duale Lernen und zu den wichtigsten Kooperationspartnern der Berliner Wirtschaft. Das Portal wird von der Senatsbildungsverwaltung in enger Abstimmung mit den Berliner Wirtschaftsverbänden betrieben.

ANZEIGE

Für alle Fälle

Darf mein Schulleiter unangekündigt meine Unterrichtsstunde besuchen? Wie ist das mit der Anordnung von Mehrarbeit? Wann bekomme ich Sonderurlaub? Mit dem Berliner Recht für Schule und Lehrer finden Sie die Antwort im Handumdrehen! Nur wer seine Rechte kennt, kann sie auch geltend machen! Ein Abonnement des Berliner Recht für Schule und Lehrer hilft dabei.

Papierfassung: 57 Euro* · CD-Rom: 47 Euro*

Bestellung unter: GEWIVA · Ahornstr. 5 · 10787 Berlin · Tel. 21-99-93-62
oder online unter: www.gew-berlin.de/18353.htm

*für Nichtmitglieder 10 Euro mehr
Bei Zusendung zusätzlich 8 Euro Versandkosten

KLASSE REISEN

Super-Auswahl an Zielen in ganz Europa – zum Beispiel:

Toscana, 8 Tage, Halbpension, Ausflüge ...	ab € 209,-
Spanien, 8 Tage, Halbpension, Ausflüge ...	ab € 199,-
Kroatien, 8 Tage, Halbpension, Ausflüge ...	ab € 199,-
Griechenland, 10 Tage, Halbpension, Ausflüge ...	ab € 359,-
Oder Österreich ... Holland	

Städtereisen Berlin, Prag, Rom, London ....

KLASSE REISEN GmbH
Württembergallee 2 · 14052 Berlin
Tel. (030) 303083-6 · Fax (030) 303083-77
www.klasse-reisen.com

Katalog unter: 030-303083-6

www.cts-reisen.de
Gruppen- und Studienreisen GmbH
Herforder Straße 75 | 32657 Lemgo | Tel. 05261 2506-0

REAL-TOURS S.R.L.
Tel. 00 39/05 47/67 27 27
Fax 00 39/05 47/67 27 67
Via Bartolini, 12
47042 Cesenatico / Italia

www.real-tours.de
24 h online buchen
E- Mail: Info@real-tours.de

SCHULFAHRTEN 2010

NEU: FLUGREISEN (Sie buchen den Flug, alles Weitere organisieren wir)
z. B. 6 Tage Cesenatico Euro 184,00 VP, 6 Tage Spanien Euro 223,00 HP
Busfahrten nach Cesenatico mit Ausflügen ab Euro 198,00 VP
Busfahrten zur Toskana-Küste, zum Gardasee, nach Rom, nach Sorrent, nach Südtirol, nach Spanien, nach Griechenland, nach Prag, nach Paris, nach London.
Individuell für Lehrer und Begleiter: Oster- und Silvesterfahrten
Bitte fragen Sie nach unserem Katalog 2009/2010.
Weitere Informationen auch bei:
R. Peverada, Im Steinach 30, 87561 Oberstdorf,
Telefon 083 22 – 800 222, Telefax 083 22 – 800 223

MODERNE KOMFORT FERNREISEBUSSE

von 8 – 74 Sitzplätzen mit Aircondition, Video, Küche, WC, Tel., Skikorb, Fahrradanhänger
Ihr Partner mit über 20 Jahren Erfahrung, erfahrenes und geschultes Fahrpersonal mit zertifiziertem Sicherheitstraining.

PRIMA KLIMA REISEN
www.primaklima.de
Tel. 030-68 40 98-40 · Fax -20 · pkr-bus@bln.de

GRENZENLOS REISEN

Busse für jede Gelegenheit
Stadtrundfahrten
Gruppenreisen
Klassenfahrten
Firmenservice
Transfers

Grenzenlos Reisen
Straße 22 Nr. 2-10, 13509 Berlin
Fon: 0 30-43 00 48 0
Fax: 0 30-43 00 48 79

Locke-Service-Büro

Baltische Länder per Rad	ab 980 EUR
Korsika GR20 Wanderung	ab 980 EUR
Madeira Wandern 10 Tage	ab 1330 EUR
Gomera Wandern & Relaxen	ab 1599 EUR
Flüge und Fähren – weltweit und preiswert!	

LockeToursBerlin
Bundesallee 115 Tel. (0 30) 8 52 30 30
12161 Berlin e-Mail: locketours@t-online.de

Tel. (030) 30 30 83-0
BUSART-TOURS GmbH
Das bestgelaunte Bus- und Reiseteam!
www.busart-tours.de
info@busart-tours.de
Württembergallee 2 | 14052 Berlin
Fax (030) 303083-55

Darlehen supergünstig *1) nominal 1,95% ab 2,34% effektiver Jahreszins
35-jährige Beratungskompetenz
Hypotheken- & Beamtendarlehensdiscounter
Vorortberatung wählbar alles kostenfrei ohne 2% Bearbeitungsgebühren
Info: www.ak-finanz.de
Bei Umschuldung Raten bis 50% reduzieren
supergünstige Beamtendarlehen, z.B. B.a.L. 30 J. alt, 30 000,– € günstige 281,05 € mtl., 70 000,– € 654,22 € mtl., inkl. LV, Lfz. 14 J., ab *5,99% effektiver Jahreszins. Lfz. 12 J., ab *5,75% *effektiver Jahreszins auch günstig an Angestellte ab 5 Jahre i.ö.D. *1) Extradarlehen nominal 1,95% ab 2,34% eff. Jahreszins ab Zuteilung Bausparvertrag. Supergünstige Hypotheken ohne Eigenkapital, hohes Sondertilgungsrecht. Beleihung bis 120%.
www.ak-finanz.de
AK-Finanz Kapitalvermittlungs-GmbH, Bismarckstr. 85, 67059 Ludwigshafen
Telefax: (06 21) 51 94 88, E-Mail: beamtendarlehen@ak-finanz.de
Gebührenfrei Tel. 0800/1000 500

KLINIK NIKOLASSEE
www.klinik-nikolassee.de
Akutklinik für Innere Medizin und Psychosomatik

Wenn Ihre Seele krank wird ...

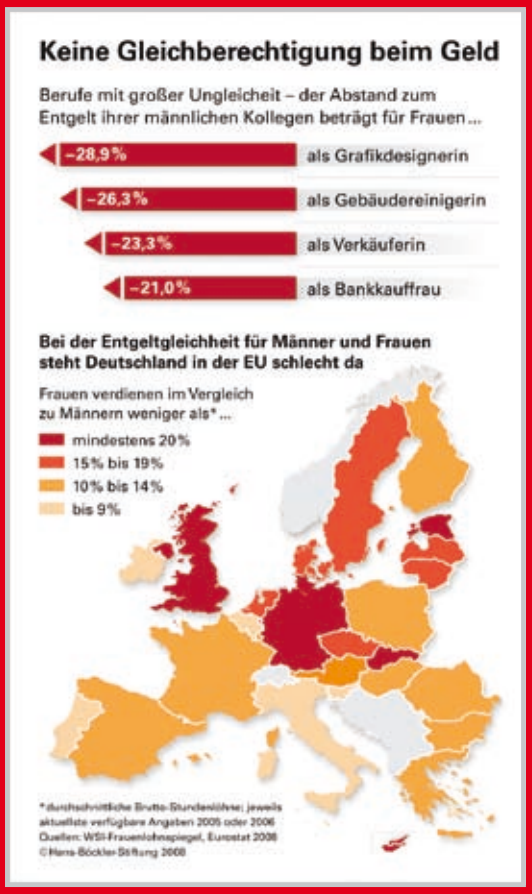
- Herzbeschwerden, hoher Blutdruck
- Depressionen, Selbstmordgedanken
- Angstgefühle, Schlaflosigkeit
- Alkohol- und Tablettenprobleme
- posttraumatische Belastungsstörung
- berufliche u. soziale Rückzugstendenzen

24-Stunden-Akutaufnahme!
Mit und ohne Chefarzt-Wahlleistungen, kein Einzelzimmer-Zuschlag.

☎ 030 / 803 09 10
Von-Luck-Str. 3 · 14129 Berlin

10. MRZ	17.00 Uhr	**AG Frieden**	Raum 47
	19.00 Uhr	**FG Realschule**	Raum 33
11. MRZ	17.00 Uhr	**Arbeitslosenausschuss**	Raum 34
16. MRZ	15.00 Uhr	**AG Bildungsfinanzierung**	Raum 34
	18.00 Uhr	**FG soz.päd. Aus-, Fort-, Weiterbildung**	Raum 34
	19.00 Uhr	**LA Multikulturelle Angelegenheiten**	Raum 33
18. MRZ	18.00 Uhr	**AG Frauen**	Raum 31
	18.00 Uhr	**Kita-AG**	Raum 33
	18.00 Uhr	**FG Schulsozialarbeit**	Raum 34
23. MRZ	19.00 Uhr	**Abteilung Berufsbildende Schulen**	Raum 33
24. MRZ	10.30 Uhr	**Landesseniorenausschuss**	Raum 33
	19.00 Uhr	**LA Studierende**	Raum 33
	19.00 Uhr	**FG Kinder-, Jugendhilfe, Sozialarbeit**	Raum 34
25. MRZ	18.30 Uhr	**Abteilung Wissenschaft**	Raum 33
	19.00 Uhr	**AG Ambulante Hilfen**	Raum 34
	16.30 Uhr	**AG Jugendliteratur**	Raum 47
29. MRZ	18.30 Uhr	**Junge GEW**	Raum 34

BILD DES MONATS



DIFFERENZIERUNG IM UNTERRICHT UND DUALES LERNEN

Die Fachgruppe Realschulen lädt ein zur Diskussion am **10. März 2010 um 19 Uhr im GEW-Haus.** Noch gibt es die Realschule – in den nächsten drei Jahren, allerdings als »Auslaufmodell«. In den kommenden Jahren werden wir KollegInnen an Realschulen, viel mit den Herausforderungen der neuen Schulform, der integrierten Sekundarschule, beschäftigt sein. Zwei Themen werden dabei immer wieder diskutiert: Differenzierung im Unterricht und duales Lernen. Für welches Modell sprechen wir uns aus: Äußere Differenzierung oder doch lieber Binnendifferenzierung im Unterricht? Wir diskutieren mit Ulrike Handke,die Seminarleiterin ist und viel Erfahrung hat mit Differenzierung im Unterricht, und mit Reinhold Hoge (angefragt), Fachbereichsleiter Arbeitslehre an einer Gesamtschule.

PALÄSTINA/ISRAEL – OKKUPATION ODER HEIMKEHR INS GELOBTE LAND?

Die AG Junge Alte und die AG Frieden laden ein am **Dienstag, 23. März 19 Uhr ins GEW-Haus**. Andreas Grüneisen war drei Monate in der Westbank und hat dort Checkpoints beobachtet, Dörfer besucht und Friedensaktivisten gesprochen. Er berichtet über seine Erfahrungen in einer unfriedlichen Region, in der Lösungen von Jahr zu Jahr weiter entfernt zu sein scheinen.

BILDUNG ZUKUNFTSFÄHIG FINANZIEREN – EIN VERGLEICH MIT SKANDINAVIEN

Die AG Bildungsfinanzierung in der GEW BERLIN setzt ihre Themenabende zur Wirtschafts- und Finanzpolitik fort. **Donnerstag, 25. März 2010 um 17 Uhr** im GEW-Haus. Als Fachfrau wird die promovierte Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlerin Cornelia Heintze referieren.

SCHULGESUNDHEITSTAG IN NEUKÖLLN

Für Neuköllner Lehrkräfte und pädagogische MitarbeiterInnen findet ein „Schulgesundheitstag" statt am **Freitag, 30. April 2010 von 8.30 bis 16.00 Uhr.** Ort: Albert-Einstein-Oberschule, Parchimer Allee 109, 12359 Berlin. Anmeldung über die Schulleitung.